

INHALT:	Editorial	Seite 106
	GI Aktuell	Seite 106
	Mandatsübernahme Rechtsanwalt / Bestätigung / Fristenlöschung (BGH, Urt. v. 8.11.1999 - II ZB 4/99)	Seite 108
	Fristenkontrolle Fehlerhafte Adressierung / Postleitzahl fehlt (BGH, Urt. v. 15.10.1999 - V ZR 50/99)	Seite 109
	Wiedereinsetzungsantrag „Nachzuholende Prozeßhandlung“ i.S.d. § 236 Abs. 2 Satz 2 ZPO / Irreführende Verfügung des Gerichts (BGH, Urt. v. 7.6.1999 - II ZB 25/98)	Seite 110
	Steuerberaterhaftung Verjährung, § 68 StBerG / Sekundäranspruch / Hemmung der Verjährung / Anerkenntnis des Regreßanspruchs / Unzulässige Rechtsausübung und Verjährungseinrede (OLG Zweibrücken, Urt. v. 25.1.1999 - 7 U 131/98)	Seite 113
	Steuerberaterhaftung Mandatsmängel, Interessenvertretung / Umfassende Beratung, steuerliche Vergünstigungen / Anforderungen des Finanzamts, andere Rechtsauffassung des Steuer- beraters / Mandatsende und Information an Neuberater / Pflichten nacheinander tätiger Steuerberater / Verjährungsbeginn, Sekundäranspruch (OLG Düsseldorf, Urt. v. 17.12.1998 - 13 U 100/97)	Seite 116
	Verjährung, § 51b BRAO Verjährungsbeginn / Ausschlußfrist versäumt / Sekundär- haftung / Anlaß zur Belehrung / Falsche Belehrung / Mandatswechsel (OLG Hamm, Urt. v. 20.11.1997 - 28 U 115/97)	Seite 120
	Amtspflichtverletzung des Finanzamts Kosten des Steuerberaters / Schadenersatzanspruch des Steuerpflichtigen (LG Berlin, Urt. v. 27.11.1997 - 13 O 19/97)	Seite 125
	GI Leitsätze	Seite 127
	GI Hinweise	Seite 128
	Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis	Seite 129

Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

in der Mai-Ausgabe der GI befassen sich zunächst zwei Entscheidungen des BGH mit der **Fristenkontrolle**.

Bei einem **Rechtsmittelauftrag** an einen Kollegen wurde nicht dessen **Übernahmeerklärung** abgewartet, sondern die Frist vorher gelöscht. Das darf aber nur geschehen, wenn eine Vereinbarung besteht, daß dieser Aufträge ausnahmslos annimmt. Wiedereinsetzung wurde abgelehnt.

In dem anderen Fall ging das fristwahrende Schreiben zu spät bei Gericht ein, weil die **Adressierung unvollständig** war. Es fehlte die Postleitzahl, so daß es nicht zur automatischen Sortierung des Briefes kam. Hier muß der Rechtsanwalt, Steuerberater etc. zwar nicht bei der Unterzeichnung die Anschrift prüfen, er muß aber organisatorische Maßnahmen treffen, die den Mitarbeitern diese Prüfung auferlegt. Hierzu fehlte der Vortrag, so daß Wiedereinsetzung abgelehnt wurde.

Das OLG Zweibrücken befaßt sich mit der **Verjährung** des Schadenersatzanspruchs gegen Steuerberater. Das Urteil „klopft“ die typischen Einwendungen gegen die Verjährungseinrede ab: Liegt eine **Hemmung** oder eine **Unterbrechung** der Verjährung vor oder steht ihr der Einwand **unzulässiger Rechtsausübung** entgegen? Da die Verhandlungen mit dem Versicherer des Steuerberaters bereits fünf Monate vor Ablauf der Verjährungsfrist abgebrochen worden waren, bestand für den Geschädigten genügend Zeit, eine Klage in Gang zu setzen. Die Verjährungseinrede „zog“.

Das häufige Dilemma **der Pflichtabgrenzung nacheinander tätiger Steuerberater** wird in einem Urteil des OLG Düsseldorf behandelt. Der Altberater hatte gegen den Steuerbescheid 1989 Einspruch eingelegt. Der Aufforderung zur Vorlage einer Eröffnungsbilanz 1989 war er aber nicht mehr nachgekommen. Er hatte den Neuberater, der sich nur für die Veranlagungen ab 1990 zuständig fühlte, nicht auf die noch notwendige Erledigung hingewiesen. Da das Finanzamt dem neuen Berater Einzelheiten über den Einspruch 1989 mitgeteilt hatte, wurden vom OLG beide als **Gesamt-schuldner** des Steuerschadens 1989 angesehen.

Zum **Inhalt der Belehrung über Fehler in den eigenen Arbeiten und die Verjährung** weist das OLG Hamm darauf hin, daß der Steuerberater nur den Wortlaut der Verjährungsvorschrift wiedergeben muß. Der Anwalt muß über den Beginn und das Ende der Frist belehren.

Am Ende des Heftes finden Sie eine Entscheidung des LG Berlin, die sich mit der **Amtspflichtverletzung** des **Finanzamts** und dessen Pflicht zur Übernahme der Steuerberaterkosten befaßt.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BVerfG: Arbeitsgerichtliche Rechtsprechung zur Festanstellung ständiger freier redaktioneller Mitarbeiter bei Rundfunkanstalten verletzt die Rundfunkfreiheit nicht

In den Verfassungsbeschwerde(Vb)-Verfahren ging es um die **Festanstellung zuvor freier Mitarbeiter im Rundfunk**. Die Arbeitsgerichte einschließlich des Bundesarbeitsgerichts (BAG) hatten Klagen freier Mitarbeiter auf Festanstellung stattgegeben, die beschwerdeführende Rundfunkanstalt – der Saarländische Rundfunk (Bf) – hat dies als Verstoß gegen die Rundfunkfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG) beanstandet. Die 1. Kammer des Ersten Senats hat die Vb **nicht zur Entscheidung angenommen**, weil die arbeitsgerichtlichen Entscheidungen den Bf nicht in seinem Grundrecht auf Rundfunkfreiheit verletzen.

I.

Die Kläger der Ausgangsverfahren waren seit 1972, 1980 und 1984 als Mitarbeiter im redaktionellen Bereich jeweils unterschiedlicher, regelmäßig ausgestrahlter Sendungen des Bf tätig. Aufgrund der mit den Vb angegriffenen arbeitsgerichtlichen Entscheidungen wurde festgestellt, daß die Mitarbeiter in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis zum Bf stehen. Die hiergegen erhobenen Vb betrafen die Frage, ob ein Grundrechtsverstoß allein darin besteht, daß die Arbeitsgerichte das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses bejaht haben. Ob die Anforderungen der Rundfunkfreiheit eventuell in anderer Hinsicht verletzt worden sind – etwa hinsichtlich der Feststellung einer fehlenden Befristung oder hinsichtlich der Einordnung als Voll- oder Teilzeitbeschäftigung – war nicht zu entscheiden, da insoweit keine Rügen erhoben worden waren.

II.

Die Kammer hat die Vb nicht zur Entscheidung angenommen.

Zur Begründung heißt es u.a.:

Es ist von Verfassungs wegen nicht ausgeschlossen, auch im Rundfunkbereich von den für das Arbeitsrecht allgemein entwickelten Merkmalen abhängiger Arbeit auszugehen. Allerdings muß das durch die Verfassung geschützte Recht der Rundfunkanstalten, frei von fremder Einflußnahme über die Auswahl, Einstellung und Beschäftigung dieser Mitarbeiter zu bestimmen, berücksichtigt werden.

Nach der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung kommt es für die Einstufung eines Dienstverhältnisses als Arbeitsverhältnis auf die **Eingliederung in eine von Dritten bestimmte Arbeitsorganisation und den hierdurch gekennzeichneten Grad der persönlichen Abhängigkeit** an.

Mit der Qualifizierung eines Mitarbeiters als Arbeitnehmer wird die Rundfunkfreiheit nur beeinträchtigt, wenn die verfügbaren Vertragsgestaltungen – wie Teilzeitbeschäftigungs- oder Befristungsabreden – zur Sicherung der Aktualität und Flexibilität der Berichterstattung in tatsächlicher oder rechtlicher Hinsicht nicht in gleicher Weise geeignet sind wie die Beschäftigung in freier Mitarbeit.

Die Frage der Eignung läßt sich nicht abstrakt, sondern nur unter Berücksichtigung der konkret in Rede stehenden publizistischen Aufgabe des jeweiligen Mitarbeiters beantworten. Bei nicht auf ein bestimmtes Ereignis, sondern auf eine oder mehrere konkrete Sendungen oder Sendereihen bezogener redaktioneller Tätigkeit kann dem Bedürfnis nach Personalwechsel hinreichend mittels Befristungsabreden Rechnung getragen werden. **Jedenfalls hat der Bf nicht substantiiert dargelegt, worin sein Interesse begründet sei, die Beschäftigungsverhältnisse der Kläger der Ausgangsverfahren zeit- oder projektbezogen zu beschränken.**

Die Kammer verweist im übrigen auf die durch die Änderung des Beschäftigungsförderungsgesetzes erfolgte Erleichterung von Befristungsabreden sowie darauf, daß die Rundfunkfreiheit nach ständiger Rechtsprechung des BAG die Befristung eines Arbeitsvertrages mit einem programmgestaltenden Mitarbeiter rechtfertigen kann.

Schließlich können auch durch eine Kombination von Befristungsmöglichkeiten nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz und nach § 620 Abs. 1 BGB in rechtlich zulässiger Weise Befristungsketten geschaffen werden. Auch dadurch kann im Bereich des Rundfunks flexibel auf die Anforderungen des Marktes reagiert werden.

(BVerfG, Beschl. v. 18.2.2000 – 1 BvR 491/93, 1 BvR 562/93, 1 BvR 624/98)

Pressemitteilung d. BVerfG v. 9.3.2000

BFH: Umlagen für Nebenkosten oder Betriebskosten gehören beim Vermieter zu den Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung

Bei der Vermietung von Wohnungen erhebt der Vermieter häufig Umlagen und Nebentgelte für die Nebenkosten oder Betriebskosten (z.B. für Heizkosten, Wasserversorgung, Strom, Schornsteinfegergebühren oder Versicherungsprämien). Den Umlagen stehen in der Regel entsprechende Aufwendungen des Vermieters gegenüber, die als Werbungskosten abziehbar sind. In den Jahren 1996 bis 1998 konnten Steuerpflichtige nach § 9a Satz 1 Nr. 2 Einkommensteuergesetz (EStG) von den Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung einen Werbungskosten-Pauschbetrag von 42 DM pro Quadratmeter Wohnfläche abziehen. Eine Vielzahl von Steuerpflichtigen stellte sich auf den Standpunkt, daß es sich bei den vereinnahmten Umlagen oder Nebentgelten nicht um Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung handele, sondern um durchlaufende Posten, nicht steuerbaren Aufwandsersatz oder negative Werbungskosten.

Würden die Mietumlagen als Einnahmen erfaßt, verstoße dies gegen den Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 Grundgesetz – GG –). Bei Steuerpflichtigen, die bei einer Vermietung lediglich eine Kaltmiete vereinnahmten, weil die Mieter unmittelbar mit den Versorgungsunternehmen oder sonstigen Dritten abrechnen würden, wirke sich der Werbungskosten-Pauschbetrag in voller Höhe steuermindernd aus, während bei Vermietern, die mit ihren Mietern die Umlagen abrechnen müßten, sich der Pauschbetrag gar nicht oder nur teilweise steuermindernd auswirke. Der Werbungskosten-Pauschbetrag werde durch die Behandlung der Umlagen als steuerpflichtige Einnahmen verbraucht.

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat nunmehr mit Urteil vom 14.12.1999 – IX R 69/98 klargestellt, daß Umlagen und Nebentgelte, die der Vermieter für die Nebenkosten oder Betriebskosten erhebt, zu den Einnahmen bei der Einkunftsart Vermietung und Verpachtung gehören. **Die Umlagen für Mietnebenkosten seien durch das jeweilige Mietverhältnis veranlaßt und gehörten zu den steuerpflichtigen Einnahmen.** Es sei unerheblich, daß der Steuerpflichtige die Umlagen oder Nebentgelte zweckgebunden zur Zahlung von Werbungskosten verwende, denn das EStG setze nicht voraus, daß dem Steuerpflichtigen der zugeflossene Vermögensvorteil auf Dauer (endgültig) verbleibe.

Ein nicht steuerbarer Aufwendungsersatz könne bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung nicht anerkannt werden. § 9a Satz 1 Nr. 2 EStG in der für die Jahre 1996 bis 1998 geltenden Fassung verstoße auch nicht gegen Art. 3 GG. Zwar könnten sich bei vergleichbaren wirtschaftlichen Sachverhalten unterschiedliche steuerliche Ergebnisse ergeben. Die Regelung des Werbungskosten-Pauschbetrages sei jedoch von der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers gedeckt, zumal es dem Steuerpflichtigen freistehe, die ihm tatsächlich entstandenen Werbungskosten geltend zu machen.

Das Urteil hat für eine Vielzahl von anhängigen Verfahren Bedeutung. Darüber hinaus wird klar gestellt, daß auch in Zukunft die vereinnahmten Mietnebenkosten durch den Vermieter als Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung zu erfassen sind und daß ein nicht steuerbarer Aufwendungsersatz nicht anerkannt wird. (BFH, Urt. v. 14.12.1999 - IX R 69/98)

Pressemitteilung d. BFH v. 9.3.2000

Mandatsübernahme

- Rechtsanwalt
 - Bestätigung
 - Fristenlöschung
- (BGH, Urt. v. 8.11.1999 - II ZB 4/99)

Leitsatz:

Erteilt ein Rechtsanwalt einem anderen Rechtsanwalt einen Rechtsmittelauftrag, dann muß er - falls nicht vereinbart worden ist, daß der beauftragte Anwalt in dieser Weise angetragene Mandate ausnahmslos annimmt - sich bestätigen lassen, daß der Auftrag übernommen wird. Vor Eingang dieser Bestätigung dürfen die in dem Kalender des Auftraggebers eingetragenen Fristen nicht gelöscht werden.

Aus den Gründen:

I.

Die Beklagte ist durch Urteil des Landgerichts zur Zahlung von 17.114,64 DM zzgl. Zinsen an den Kläger, ihren früheren Geschäftsführer, verurteilt worden. Das Urteil ist ihren Prozeßbevollmächtigten am 25.8.1998 zugestellt worden.

Erst mit am 26.10.1998 eingegangenem Schriftsatz hat die Beklagte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt und zugleich die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand mit der Begründung beantragt, durch ein Kanzleiversehen ihrer H...er Korrespondenzanwälte sei das Schreiben an die bei dem Berufungsgericht zugelassenen Rechtsanwälte Dr. R. und Kollegen nicht abgesandt worden, durch das diese mit der Berufungseinlegung beauftragt worden seien. Gleichwohl sei die im Kalender notierte Frist gestrichen worden. Erst anlässlich eines Telefonats der Anwälte am 15.10.1998 habe sich ergeben, daß das Beauftragungsschreiben nicht abgesandt worden sei.

Das Oberlandesgericht hat nach Einholung ergänzender Äußerungen und eidesstattlicher Versicherungen durch Beschluß vom 21.1.1999 den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand abgelehnt und die Berufung als unzulässig verworfen.

Hiergegen richtet sich die formell unbedenkliche sofortige Beschwerde der Beklagten.

II.

Das Rechtsmittel ist unbegründet. Das Oberlandesgericht hat im Ergebnis mit Recht Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht gewährt und dementsprechend die Berufung wegen Versäumung der Rechtsmittelfrist als unzulässig verworfen.

Die H...er Anwälte der Beklagten, die damit beauftragt worden waren, die Erfolgsaussichten des Rechtsmittels zu prüfen und seine Durchführung zu veranlassen, trifft schon auf der Grundlage der von ihnen eidesstattlich versicherten Darstellung des Verfahrensablaufs ein der Beklagten anzurechnendes Verschulden daran, daß die Berufungsfrist versäumt worden ist, ohne daß es entscheidend darauf ankommt, ob sie in ihrem Büro für eine sachgerechte Ausgangskontrolle Sorge getragen haben.

Ein Rechtsanwalt, der einem anderen Anwalt einen Rechtsmittelauftrag erteilt, hat sich grundsätzlich - will er sich nicht dem Vorwurf eines Organisationsverschuldens aussetzen - von dem anderen Anwalt bestätigen zu lassen, daß dieser den Auftrag übernimmt. Vorher darf er die in seinem Fristenkalender notierte Frist nicht löschen (vgl. BGHZ 105, 116; Zöller/Greger, a.a.O., § 233 Rdnr. 23 - Rechtsmittelauftrag m. Nachw.).

Gegen diese elementare Pflicht, deren Beachtung allenfalls dann entbehrlich sein kann, wenn – was hier weder vorgetragen noch glaubhaft gemacht ist – zwischen den beteiligten Rechtsanwälten Einigkeit besteht, daß das Mandat ausnahmslos übernommen wird (BGHZ 105, 116), haben die H...er Anwälte der Beklagten verstoßen. **Ihre organisatorischen Vorkehrungen beschränkten sich nämlich darauf, daß der Ablauf der Berufungsfrist und außerdem eine Vorfrist notiert wurden.**

Dies ist allein abgestimmt auf Fallgestaltungen, in denen sie selbst das Rechtsmittel bei dem Gericht einlegen, bei welchem sie zugelassen sind. Für Fälle, in denen sie lediglich als Korrespondenzanwälte tätig werden und namens ihres Mandanten den Auftrag zur Einlegung eines Rechtsmittels an andere Rechtsanwälte erteilen, haben sie keine Maßnahme ergriffen, um die gebotene Prüfung vornehmen zu können, ob der beauftragte Rechtsanwalt das angetragene Mandat übernimmt. Schon das Auftragschreiben an die Rechtsanwälte Dr. R. und Kollegen enthält keine Bitte um Bestätigung der Übernahme des Mandats. **Erst recht sind keine Weisungen an das Büropersonal erteilt worden, vor Ablauf der Berufungsfrist die Handakten vorzulegen, um den Eingang der Bestätigung prüfen zu können,** und diese Vorlage durch die Eintragung einer entsprechenden Frist abzusichern.

Hätten die Korrespondenzanwälte der Beklagten diese Anforderungen beachtet, wäre rechtzeitig vor Ablauf der Berufungsfrist festgestellt worden, daß das Auftragschreiben nicht abgesandt worden war, so daß das Erforderliche noch hätte veranlaßt werden können.

Fristenkontrolle

- Fehlerhafte Adressierung
- Postleitzahl fehlt

(BGH, Urt. v. 15.10.1999 – V ZR 50/99)

Leitsatz:

Ein Rechtsanwalt ist zwar nicht verpflichtet, die Vollständigkeit der in einem fristwahrenden Schriftsatz angegebenen Anschrift des Gerichts zu prüfen. Er hat jedoch durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, daß seine Mitarbeiter die für ein Gericht bestimmten Sendungen vollständig adressieren.

Zum Sachverhalt:

Das Landgericht hat die Klage durch das der Klägerin am 19.3.1998 zugestellte Urteil vom 5.3.1998 abgewiesen. Hiergegen hat die Klägerin mit einem an das „Oberlandesgericht, Cecilienallee, Düsseldorf“ adressierten Schriftsatz am 24.4.1998 Berufung eingelegt. Auf Antrag vom 11.5.1998 ist die Berufungsbegründungsfrist bis zum 25.6.1998 verlängert worden. An diesem Tag ist die Begründung auch eingegangen.

Mit am 2.7.1998 eingereichtem Schriftsatz hat die Klägerin Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsfrist beantragt. Sie hat ausgeführt: Die Berufungsschrift sei am 15.4.1998 gefertigt und am selben Tag gegen 17.10 Uhr in den Briefkasten eingeworfen worden. Der Briefkasten sei um 18.15 Uhr geleert worden. Die Postlaufzeit zum Oberlandesgericht Düsseldorf betrage einen Tag, bei unvollständiger Adressierung allenfalls drei Tage. Ihr Prozeßbevollmächtigter, Rechtsanwalt E., habe die Versäumung der Berufungsfrist bemerkt, als ihm am 18.6.1998 erstmals nach Einlegung der Berufung die Handakten zur Fertigung der Berufungsbegründung vorgelegt worden seien.

Das Oberlandesgericht hat den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsfrist zurückgewiesen und die Berufung durch Urteil verworfen. Hiergegen richtet sich die Revision der Klägerin.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht meint: Der Antrag der Klägerin auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sei nicht innerhalb der Frist des § 234 Abs. 1 ZPO gestellt. Diese Frist habe am 11.5.1998 begonnen, als Rechtsanwalt E. den Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist unterschrieben habe. Bei dieser Gelegenheit habe er die Einhaltung der Berufungsbegründungsfrist und die Einhaltung der Berufungsfrist eigenverantwortlich prüfen müssen. Auch nach Vorbringen der Klägerin sei im übrigen von einem Verschulden von Rechtsanwalt E. an der Fristversäumung auszugehen.

Das hält revisionsrechtlicher Nachprüfung im Ergebnis stand.

II.

Es kann dahingestellt bleiben, ob der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand rechtzeitig gestellt wurde, insbesondere ob der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin bei der Unterzeichnung des Antrags auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist verpflichtet war, die Einhaltung der Berufungsfrist zu prüfen (offengelassen: BGH, Beschl. v. 22.1.1997 - XII ZB 195/96, NJW-RR 1997, 759, 760). Einer Entscheidung im Sinne der Klägerin steht jedenfalls entgegen, daß auf der Grundlage ihres Vorbringens nicht auszuschließen ist, daß ihr Prozeßbevollmächtigter schuldhaft eine zurechenbare Ursache für die Verspätung der Auslieferung der nach ihrer Darstellung am 15.4.1998 zur Post gegebenen Berufungsschrift gesetzt hat, so daß die Verzögerung nicht mehr unverschuldet ist (BVerfGE 50, 1, 4; BVerfG, NJW 1992, 38; BGHZ 105, 116, 118).

Denn bei der angegebenen Anschrift des Oberlandesgerichts fehlte die Postleitzahl. Damit mußte die Sendung aus der automatischen Sortierung ausgesondert und dem Ermittlungsdienst der Post zur Vervollständigung der Anschrift zugeleitet werden. Die Technik der Postsortierung hat insoweit in den letzten Jahren einen grundlegenden Wandel erfahren.

Auch wenn die Einschaltung des Ermittlungsdienstes bei Sendungen innerhalb Düsseldorfs regelmäßig nicht zu einer Verzögerung der Zustellung um mehr als zwei Tage führen mag, bestand für ein Vertrauen hierauf zumindest am 15.4.1998 keine hinreichende Grundlage. Es gibt weder eine allgemeine Aussage der Post zur Dauer der Arbeit ihrer Ermittlungsdienste, noch konnte am 15.4. mit einer Nachbearbeitung der unvollständig adressierten Sendung gerechnet werden, aufgrund deren die Zustellung bis zum Ablauf der Berufungsfrist am 20.4., einem Montag, zu erwarten war.

Um eine Zustellung bis zu diesem Tage zu ermöglichen, mußte die Vervollständigung der Anschrift am Donnerstag, dem 16.4., oder Freitag, dem 17.4.1998, erfolgen. Schon das war nicht gewährleistet. Bei der Woche vom 12. bis 19.4.1998 handelte es sich überdies um die Woche nach Ostern. Diese Woche wird häufig für Urlaub genutzt, was erfahrungsgemäß zu Verzögerungen führt.

Der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin war bei der Unterzeichnung der Berufungsschrift

zwar nicht verpflichtet, die Vollständigkeit der in dieser angegebenen Anschrift des Oberlandesgerichts zu prüfen (BGH, Beschl. v. 2.5.1990 - XII ZB 17/90, BGHR-ZPO § 233 - Büropersonal 3; v. 23.3.1995 - VII ZB 19/94, BGHR-ZPO § 233 - Telekopie 1), **er hatte jedoch durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß fristwahrende Schriftsätze von den Mitarbeitern seines Büros vollständig adressiert werden** (BGH, Beschl. v. 10.3.1993 - VIII ZB 1/93, VersR 1994, 75; Stein/Jonas/Roth, ZPO 21. Aufl., § 233 Rdnr. 79).

Hierzu hat die Klägerin nichts vorgebracht. Die Tatsache, daß auch die Berufungsbegründung vom 24.6.1998 in derselben Weise wie die Berufungsschrift unvollständig adressiert ist, rechtfertigt vielmehr die Annahme, daß organisatorische Vorkehrungen fehlen, die Versäumnissen bei der Adressierung von für das Oberlandesgericht bestimmten Schriftsätzen zuverlässig entgegenwirken.

Wiedereinsetzungsantrag

- „Nachzuholende Prozeßhandlung“
i.S.d. § 236 Abs. 2 Satz 2 ZPO
- Irreführende Verfügung des Gerichts
(BGH, Urt. v. 7.6.1999 - II ZB 25/98)

Leitsatz:

Unter der nach § 236 Abs. 2 Satz 2 ZPO nachzuholenden Prozeßhandlung im Wiedereinsetzungsverfahren wegen Versäumung der Rechtsmittelbegründungsfrist ist ausschließlich die Rechtsmittelbegründung zu verstehen. Die Einreichung eines Antrages auf Fristverlängerung erfüllt nicht die Zulässigkeitsanforderungen des Wiedereinsetzungsverfahrens.

Aus den Gründen:

I.

Die Klage, mit der Ansprüche aus einer früheren Gesellschafterstellung des Beklagten verfolgt werden, ist durch Urteil des Landgerichts vom 3.2.1998 abgewiesen worden. Gegen das Urteil haben die Kläger ordnungsgemäß und fristgerecht am 3.4.1998 Berufung eingelegt; die Frist für die Begründung der Berufung lief am Montag, dem 4.5.1998, ab.

Der Vorsitzende des Berufungszivilsenats hat dem Prozeßbevollmächtigten der Kläger zu dessen schriftlicher Bitte vom 7.5.1998, auf die mit Schriftsatz vom 28.4.1998 beantragte Verlängerung für die Einreichung der Berufungsbegründung eine Bestätigung zuzuleiten, mitgeteilt, ein derartiger Verlängerungsantrag – ebenso wie die Berufungsbegründung selbst – sei bei dem Berufungsgericht nicht eingegangen.

Auf diese am 14.5.1998 zugegangene Nachricht hat die amtlich bestellte Vertreterin des Prozeßbevollmächtigten mit Schriftsatz vom selben Tag Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt und diesen Antrag damit begründet, der Prozeßbevollmächtigte der Kläger persönlich habe anlässlich der Wahrnehmung eines Gerichtstermins vor dem Oberlandesgericht den Fristverlängerungsantrag in das dafür bestimmte Fach der Briefannahmestelle des Oberlandesgerichts eingeworfen, nachdem am Vortag die Übermittlung dieses Antrages an das Gericht per Telefax an der Betriebsstörung des Empfangsgeräts gescheitert sei. Der Versuch einer telefonischen Rückfrage am Nachmittag des 4.5.1998 sei erfolglos gewesen, weil sich auf der Geschäftsstelle des Senats niemand gemeldet habe.

Mit dem Wiedereinsetzungsantrag ist zugleich der Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist erneuert und außerdem die Vorlage einer eidesstattlichen Versicherung des Rechtsanwalts H. nach dem 24.5.1998, dem Zeitpunkt seiner Rückkehr aus dem Urlaub, in Aussicht gestellt worden. Diese eidesstattliche Versicherung ist am 27.5. gefertigt worden und am folgenden Tag bei dem Berufungsgericht eingegangen.

Auf das Wiedereinsetzungsgesuch vom 14.5.1998 hatte der Vorsitzende des Senats am 18.5.1998 verfügt: „... wird die Berufungsbegründungsfrist vorbehaltlich einer Entscheidung über das Wiedereinsetzungsgesuch bis 4.6.1998 verlängert; über das Wiedereinsetzungsgesuch soll nicht entschieden werden, bevor die eidesstattliche Versicherung des Rechtsanwalts H. vorliegt.“

Die Berufungsbegründungsschrift ist am 3.6.1998 bei dem Oberlandesgericht eingegangen.

Durch den angefochtenen Beschluß hat das Berufungsgericht den Wiedereinsetzungsantrag und die Berufung als unzulässig verworfen. Hiergegen richtet sich die sofortige Beschwerde der Kläger.

II.

Die zulässige Beschwerde ist begründet. Sie führt im Ergebnis zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

1. Zutreffend ist allerdings die Auffassung des Oberlandesgerichts, daß das von den Klägern eingereichte Wiedereinsetzungsgesuch vom 14.5.1998 nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprochen hat. **Der Prozeßbevollmächtigte der Kläger war nach § 236 Abs. 2 Satz 2 ZPO gehalten, die versäumte Prozeßhandlung innerhalb der zweiwöchigen Wiedereinsetzungsfrist nachzuholen.**

Nach der gefestigten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (vgl. BGH, Beschl. v. 16.10.1986 – III ZB 30/86, BGHR-ZPO § 236 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 – Prozeßhandlung, nachgeholte; Beschl. v. 12.10.1989 – I ZB 3/89, BGHR-ZPO § 236 Abs. 2 Satz 2 – Nachholung der Berufungsbegründung 1; Beschl. v. 21.6.1990 – IX ZR 227/89, VersR 1991, 122; Beschl. v. 4.10.1994 – VI ZB 17/93, VersR 1995, 480), die in Übereinstimmung mit der Judikatur anderer Oberster Gerichtshöfe des Bundes (BFH, Beschl. v. 1.12.1986 – GrS 1/85, BFHE 148, 414 ff; BAG, Beschl. v. 16.1.1989 – 5 AZR 579/88, NJW 1989, 1181; BAG, Urt. v. 17.10.1995 – 3 AZR 863/94, NJW 1996, 1365, 1366) steht und auch vom Schrifttum (Stein/Jonas/Roth, ZPO 21. Aufl., § 236 Rdnr. 12; Zöller/Greger, ZPO 21. Aufl., § 236 Rdnr. 8; Thomas/Putzo, ZPO 21. Aufl., § 236 Rdnr. 8; Musielak/Grandel, § 236 ZPO Rdnr. 6) **fast einhellig geteilt wird, ist unter der nachzuholenden Prozeßhandlung bei Versäumung der Rechtsmittelbegründungsfrist nicht ein Fristverlängerungsantrag, sondern ausschließlich die Rechtsmittelbegründung selbst zu verstehen.**

Der Prozeßbevollmächtigte der Kläger bzw. seine amtlich bestellte Vertreterin wären deswegen gehalten gewesen, bis zum 28.5.1998 die Rechtsmittelbegründung bei Gericht einzureichen. Zwar führt dies zu einer kürzeren Begründungsfrist, als sie der Partei zur Verfügung stünde, wenn die Begründungsfrist verlängert worden wäre. Dies hat die betroffene Partei jedoch hinzunehmen, weil der Gesetzgeber im Wiedereinsetzungsverfahren dem Beschleunigungsgedanken besonderes Gewicht beigemessen und für die versäumte Prozeßhandlung lediglich eine zweiwöchige Frist vorgesehen hat.

2. Auch wenn danach die Kläger, die ihre Berufungsbegründung erst am 3.6.1998, also nach

Ablauf der zweiwöchigen Frist des § 236 Abs. 2 Satz 2 ZPO eingereicht haben, die Wiedereinsetzungsfrist nicht gewahrt haben, ist ihr Wiedereinsetzungsgesuch nicht unzulässig. Ihre Prozeßbevollmächtigten, deren Verschulden sie sich nach § 85 Abs. 2 ZPO zurechnen lassen müssen, haben nämlich diese Frist ohne eigenes Verschulden versäumt, so daß ihnen auf ihren im Beschwerdeverfahren gestellten Antrag Wiedereinsetzung wegen der Versäumung der Frist des § 236 Abs. 2 Satz 2 ZPO zu gewähren ist.

Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts war nämlich die Fristverlängerungsverfügung des Vorsitzenden des Senats vom 18.5.1998 nicht bedeutungslos. Sie stand vor allem nicht – wie in dem angefochtenen Beschluß ausgeführt worden ist – unter dem Vorbehalt, daß vor Ablauf der Berufungsbegründungsfrist überhaupt ein Fristverlängerungsantrag eingereicht worden war. Denn nicht hiervon hatte der Senatsvorsitzende die Fristverlängerung abhängig gemacht, sondern allein von einer positiven Entscheidung über das Wiedereinsetzungsgesuch selbst. Eine solche Entscheidung konnte jedoch allein bei einer Versäumung der Berufungsbegründungsfrist, mithin einer nicht rechtzeitigen Einreichung eines Fristverlängerungsantrags in Betracht kommen.

Die Verfügung des Vorsitzenden war irreführend und hat die Versäumung der Frist durch den Prozeßbevollmächtigten der Kläger veranlaßt (vgl. Zöller/Greger, a.a.O., § 233 Rdnr. 23 – *Rechtsirrtum*). Für eine Fristverlängerung war auf der Grundlage der oben dargestellten ganz herrschenden Ansicht, die das Berufungsgericht in dem angefochtenen Beschluß selbst vertreten hat, daß nachgeholte Prozeßhandlung i.S.d. § 236 Abs. 2 Satz 2 ZPO bei der Versäumung der Rechtsmittelbegründungsfrist allein die Einreichung der Begründungsschrift sein kann, kein Raum. Wenn jedoch die Berufungsbegründungsfrist „vorbehaltlich einer Entscheidung über das Wiedereinsetzungsgesuch“ über die Wiedereinsetzungsfrist hinaus bis zum 4.6.1998 verlängert wurde, durfte der Prozeßbevollmächtigte der Kläger bzw. seine amtlich bestellte Vertreterin ohne eigenes Verschulden annehmen, daß der Vorsitzende des Berufungszivilsenats abweichend von der ganz herrschenden Meinung schon durch die Anbringung eines Fristverlängerungsantrags zusammen mit dem Wiedereinsetzungsgesuch die Voraussetzungen des § 236 Abs. 2 Satz 2 ZPO als erfüllt ansah und daß die Einreichung der Begründungsschrift bis zum Ablauf der verlängerten Frist rechtzeitig war.

3. Das Wiedereinsetzungsgesuch vom 14.5.1998 war auch in der Sache begründet. Die gegen- teilige Entscheidung des Berufungsgerichts, das nicht nur die rechtzeitige Einlieferung des Fristverlängerungsantrags bei Gericht für nicht glaubhaft gemacht angesehen, sondern dem Prozeßbevollmächtigten der Kläger als Verschulden angelastet hat, daß er sich nicht rechtzeitig darüber vergewissert hat, ob dem Antrag stattgegeben worden ist und vorsorglich den Verlängerungsantrag erneut gestellt hat, ist rechtsfehlerhaft.

a) Soweit das Berufungsgericht es für nicht erwiesen und nicht einmal für glaubhaft gemacht hält, daß der Fristverlängerungsschriftsatz am 29.4.1998 – also vor Ablauf der Berufungsbegründungsfrist – bei dem Oberlandesgericht eingegangen ist, ist es nicht nur von unzutreffenden Beweisanforderungen ausgegangen, weil nach § 236 Abs. 2 Satz 1 ZPO die die Wiedereinsetzung begründenden Tatsachen nicht bewiesen, sondern lediglich glaubhaft gemacht zu werden brauchen.

Es hat auch die Anforderungen an die Glaubhaftmachung überspannt. Der Prozeßbevollmächtigte der Kläger hat nicht nur anwaltlich, sondern auch eidesstattlich versichert, daß er persönlich das Schreiben in das dafür bei dem Oberlandesgericht bestimmte Fach gelegt hat. Er hat dies substantiiert und nachvollziehbar damit begründet, daß seine Sekretärin entgegen seiner klaren Weisung in diesem Fall versäumt gehabt habe, das Quittungsschreiben vorzubereiten, das bei dem Oberlandesgericht F. vorgelegt werden muß, falls ein Schriftsatz nicht – wie zulässig – in das Gerichtsfach eingeworfen werden, sondern sogleich mit einer Eingangsbestätigung des zur Entgegennahme derartiger Schriftsätze bereitstehenden Justizbediensteten versehen werden soll.

Wenn das Oberlandesgericht diese eidesstattliche Versicherung nicht gelten lassen will, weil es an dem – durch Quittung zu führenden – Eingangsnachweis fehle, läuft dies im Ergebnis darauf hinaus, daß es entweder eine eidesstattliche Versicherung als Mittel der Glaubhaftmachung in diesen Fällen generell nicht oder jedenfalls Anwälte zur eidesstattlichen Versicherung nicht zulassen will.

Dies ist dem deutschen Zivilprozeßrecht fremd. Es sieht in § 294 ZPO, auf den § 236 Abs. 2 Satz 1, 2. Halbsatz ZPO verweist, ausdrücklich auch die eidesstattliche Versicherung vor, ohne daß etwa

Steuerberaterhaftung

hinsichtlich des Prozeßbevollmächtigten einer Partei irgendwelche Einschränkungen gemacht worden wären.

b) Aus der Tatsache, daß der Schriftsatz in der Folgezeit nicht zu der Akte gelangt ist, kann ebenfalls nicht entnommen werden, daß der Anwalt die Unwahrheit eidesstattlich versichert oder – was das Oberlandesgericht vorsorglich vermutet – die Fächer verwechselt hat. Daß letzteres nicht der Fall ist, hat Rechtsanwalt H. ausdrücklich eidesstattlich versichert. Bei einem so großen Gericht wie dem Oberlandesgericht F., das – wie der vorliegende Fall belegt – nicht einmal über ein sicher funktionierendes Telefax-Gerät verfügt, kann keinesfalls ausgeschlossen werden, daß Schreiben auf dem Weg von der Postannahmestelle zur Geschäftsstelle abhandkommen.

c) Auch im übrigen ist die Begründung des Berufungsgerichts von Rechtsirrtum beeinflusst. **Es entspricht ständiger Rechtsprechung** (vgl. ausführliche Nachw. bei Gerda Müller, NJW 1998, 497 ff, 506 Fn. 171; zweifelnd: Zöller/Greger, a.a.O., § 233 Rdnr. 23 – Fristverlängerung), **daß ein Anwalt damit rechnen kann, einem ersten Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist werde stattgegeben werden, sofern die Gründe des § 519 Abs. 2 ZPO dargelegt werden.** Ein solcher Grund – **Urlaub des Prozeßbevollmächtigten** – ist hier angegeben worden. Zu einer Erkundigung, ob seinem Antrag entsprochen worden sei, war der Prozeßbevollmächtigte deswegen grundsätzlich nicht verpflichtet. Dies gilt auch unter den hier gegebenen Umständen eines quittungslosen Einwurfs in das Kastenfach des Oberlandesgerichts, weil es für die Verlustgefahr keinen Unterschied macht, ob der Eingang des Schriftsatzes auf der Briefannahmestelle quittiert oder ob das Schriftstück ohne einen solchen Nachweis eingeworfen worden und in den Geschäftsgang gelangt ist.

Wenn der Prozeßbevollmächtigte der Kläger dennoch durch seine Sekretärin bei dem Berufungsgericht hat nachfragen lassen, hat er obligationsmäßig gehandelt. **Der Umstand, daß das Büro des Anwalts die Geschäftsstelle telefonisch nicht erreicht hat, verpflichtete den Prozeßbevollmächtigten der Kläger nicht dazu, vorsorglich den Verlängerungsantrag per Telefax oder durch Boten erneut bei dem Berufungsgericht einzureichen** (vgl. Zöller/Greger, a.a.O., § 233 Rdnr. 23 – Fristverlängerung).

(...)

- Verjährung, § 68 StBerG
- Sekundäranspruch
- Hemmung der Verjährung
- Anerkenntnis des Regreßanspruchs
- Unzulässige Rechtsausübung und Verjährungseinrede
(OLG Zweibrücken, Urt. v. 25.1.1999 – 7 U 131/98, OLG-Report 1999, 431)

Leitsatz:

Zum Einwand der unzulässigen Rechtsausübung gegenüber der erhobenen Verjährungseinrede.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt die Beklagte wegen schuldhafter Verletzung des Steuerberatervertrages auf Schadenersatz in Anspruch.

Im Jahre 1997 wurde die Einzelfirma S. nach Beratung durch den Steuerberater H. in eine Einzelfirma, die Klägerin, und eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die S.-GmbH, aufgespalten. Mit Vertrag vom 29.5.1997 verpachtete die Klägerin ihr gesamtes betriebliches Anlagevermögen, bestehend aus Fahrzeugen und Garage, zu einem monatlichen Pachtzins von 10.000 DM an die S.-GmbH. In der Folgezeit veräußerte sie die Firmenfahrzeuge, so daß sich die der S.-GmbH zur Verfügung gestellten Betriebsmittel Anfang des Jahres 1991 auf die Garage reduzierten. Gleichwohl wurde die monatliche Pacht von 10.000 DM unverändert weitergezahlt.

Im Jahre 1993 stellte das Finanzamt bei einer Betriebsprüfung bei der S.-GmbH die überhöhte Pachtzinszahlung fest und bewertete sie als verdeckte Gewinnausschüttung. Der beim Verkauf der Firmenfahrzeuge erzielte Erlös wurde in der vom Inhaber der Klägerin abgegebenen Einkommensteuererklärung für das Jahr 1991 als Veräußerungsgewinn ausgewiesen.

Die Steuerberater H. und M. gründeten im Januar 1990 die Beklagte, die fortan in der Person des Geschäftsführers M. die steuerliche Beratung der Klägerin übernahm. Sie fertigte u.a. die Steuererklärung für den Veranlagungszeitraum 1991, die durch den Einkommensteuerbescheid des Finanzamts vom 13.9.1993 beschieden wurde. Hiergegen legte die Klägerin am 15.10.1993 Einspruch ein, der zum Änderungsbescheid vom 10.2.1994 führte.

Im April 1991 schied der Steuerberater H. bei der Beklagten aus. Am 11.11.1993 machte die Klägerin, anwaltlich vertreten, gegenüber der Beklagten Schadenersatzansprüche wegen Beratungspflichtverletzung dem Grunde nach geltend, die sie am 16.12.1994 bezifferte. Am 4.1.1995 antwortete die Beklagte, daß sie den Schadenbetrag ihrer Haftpflichtversicherung mitgeteilt habe, diese aber noch einige Details benötige, und bat, die Klage bis zur Klärung dieser Details zurückzustellen. Am 8.3.1995 reichte die Klägerin Klage ein.

Am 7.2.1996 machte die Beklagte dem Bevollmächtigten der Klägerin folgende Mitteilung: „Gegenüber der Versicherung ist meinerseits noch ein Problem zu klären bzw. darzustellen. Dies wird im Laufe der Woche geschehen, so daß danach von der Versicherung eine Entscheidung fallen kann.“ Am 9.1.1997 wurde die Klage der Beklagten zugestellt.

Die Klägerin hat vorgetragen, nach Erreichen des 55. Lebensjahres habe ihr Inhaber den Geschäftsführer der Beklagten mehrfach darauf angesprochen, daß er eine Betriebsaufgabe beabsichtige, um die steuerliche Vergünstigung des § 16 EStG nutzen zu können. Da dieser die Betriebsaufgabe nach Veräußerung des letzten LKWs im Jahre 1991 nicht gegenüber dem Finanzamt erklärt habe, sei ihr ein Steuerfreibetrag i.H.v. 54.363 DM nicht zugute gekommen.

Darüber hinaus habe ihr Inhaber den Geschäftsführer der Beklagten mehrfach darauf hingewiesen, daß nach Veräußerung der Fahrzeuge die Pachtzinszahlung i.H.v. 10.000 DM nicht mehr zu rechtfertigen sei. Dieser habe daraufhin zugesagt, sich der Sache anzunehmen und den Vertrag entsprechend zu ändern, habe diese Zusage aber nicht eingehalten. Ihr sei eine Gewerbesteuermehrbelastung i.H.v. 20.876 DM entstanden. Der Geschäftsführer der Beklagten habe mehrfach erklärt, es versäumt zu haben, die Betriebsaufgabe bis 1991 zu aktivieren. Er habe einen Anspruch dem Grunde nach anerkannt und sie von einer Klageerhebung abgehalten.

Die Klägerin hat beantragt, die Beklagte zur Zahlung von 75.239 DM zzgl. Zinsen zu verurteilen. Die Beklagte hat die Einrede der Verjährung erhoben.

Das LG hat die Klage dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Die dagegen gerichtete Berufung der Beklagten führte zum Erfolg.

Aus den Gründen:

Es kann dahinstehen, ob die Beklagte durch eine schuldhafte Pflichtverletzung den geltend gemachten Schaden verursacht hat. Denn ein eventueller Ersatzanspruch der Klägerin ist gemäß § 68 StBerG verjährt.

Gemäß § 68 StBerG verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem zwischen ihm und dem Steuerberater bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist.

Nach der Rechtsprechung des BGH (v. 11.5.1995 - IX ZR 140/94, BGHZ 129, 386 = GI 1995, 169 = MDR 1995, 1070) beginnt die **Verjährung mit der Bekanntgabe** des belastenden Steuerbescheids und nicht erst mit dessen Bestandskraft. Die dreijährige Frist wurde folglich durch den Einkommensteuerbescheid des Jahres 1991 vom **13.9.1993** in Lauf gesetzt und war deshalb im Zeitpunkt der Klagezustellung (9.1.1997), die nicht „demnächst“ i.S.v. § 270 Abs. 3 ZPO erfolgt, abgelaufen.

Der Senat vermag nicht, der Auffassung des LG zu folgen, wenn es meint, die dreijährige Verjährungsfrist für den sogenannten Sekundäranspruch habe erst 1995 zu laufen begonnen, als der Geschäftsführer der Beklagten gegenüber dem Zeugen Rechtsanwalt M. einen Fehler eingeräumt habe.

Der Steuerberater ist zwar, wenn er vor Ablauf der Verjährungsfrist begründeten Anlaß zur Prüfung hat, ob er dem Mandanten durch einen Fehler einen Schaden zugefügt hat, und wenn er dabei eine hierdurch eingetretene Schädigung des Mandanten erkennen muß, verpflichtet, hierauf und auf die kurze Verjährungsfrist hinzuweisen. Wird der Mandant jedoch vor Ablauf der Verjährung wegen der Haftungsfrage anwaltlich beraten und erhält er auf diesem Weg vom Schadenersatzanspruch und dessen Verjährung Kenntnis, dann entfällt jene Belehrungspflicht (BGH v. 28.9.1995 - IX ZR 227/94, MDR 1996, 641 = GI 1995, 273 = NJW-RR 1996, 313).

So liegt der Fall hier. Die Klägerin hat, anwaltlich vertreten, bereits mit Schreiben vom 11.11.1993 Schadenersatzansprüche unter Hinweis darauf geltend gemacht, daß im Zusammenhang mit der Einkommensteuererklärung 1991 kein Freibetrag gemäß § 16 EStG beantragt worden sei. Der mit dieser Sache befaßte Rechts-

anwalt war deshalb auch gehalten, die damit in Zusammenhang stehende Verjährungsfrage zu prüfen. Er hat in seinen Schreiben auch mehrfach auf die drohende Verjährung hingewiesen. Eine Belehrungspflicht der Beklagten ist damit entfallen und ein hieraus resultierender Schadenersatzanspruch deshalb zu verneinen.

Die Verjährung war nicht gehemmt (§ 202 BGB).

Die Parteien haben zwar verhandelt. Daß ihr Wille dabei darauf gerichtet gewesen wäre, für die Beklagte ein Leistungsverweigerungsrecht zu begründen oder die Klagbarkeit der Forderung vorübergehend auszuschließen, ist aber nicht ersichtlich. Hiergegen spricht auch, daß die Klägerin tatsächlich Klage eingereicht hat.

Die Verjährung wurde auch nicht durch ein Anerkenntnis der Beklagten gemäß § 208 BGB unterbrochen. Die Klägerin hat zwar in mehreren Schreiben unter Fristsetzung von der Beklagten gefordert, daß sie den Anspruch dem Grunde nach anerkennen solle. **Die Beklagte hat hierauf jedoch nur in der Weise reagiert, daß sie auf das Bestehen einer Haftpflichtversicherung hinwies, und mehrfach erklärte, daß diese eine Entscheidung treffen werde, wenn alle Details geklärt seien.**

Sie hat weder ausdrücklich erklärt, anerkennen zu wollen, noch unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß sie sich zu Schadenersatzleistungen verpflichtet sehe. Ein Vergleichsangebot, das ein Anerkenntnis darstellen kann, ist letztlich nicht gemacht worden. Die Erklärung, ihr sei ein Fehler unterlaufen, und die Äußerung, es könne mit einem Weihnachtsgeschenk gerechnet werden, sind nicht als Anerkenntnis aufzufassen.

Aus dem Schriftwechsel der Parteien wird deutlich, daß die Beklagte gegenüber der Klägerin nie Zweifel daran gelassen hat, daß sie nicht persönlich bezahlen wolle; das sollte ihre Haftpflichtversicherung tun. Über deren Verhalten, konnte sie – für den Zeugen Rechtsanwalt M. – erkennbar jedoch nicht bestimmen. **Das bloße Eingeständnis, etwas falsch gemacht zu haben, kann deshalb nicht als Anerkenntnis eines Anspruchs gewertet werden, zumal die Beklagte zuvor den ausdrücklichen Aufforderungen zur Abgabe eines Anerkenntnisses nie nachgekommen war.**

Der erhobenen Verjährungseinrede steht auch nicht der Einwand der unzulässigen Rechtsausübung (§ 242 BGB) entgegen.

Zwar kann der Verjährungseinrede der Arglistseinwand entgegengesetzt werden, **wenn der Schuldner den Gläubiger, sei es auch unab-sichtlich, von der Erhebung der Klage abgehalten hat** (BGHZ 9, 5).

Der Vorwurf, die Klägerin von der Klageerhebung abgehalten zu haben, ist der Beklagten vorliegend auch zu machen. Denn sie hat am 4.1.1995 darum gebeten, die Klage zurückzustellen, und im Oktober 1995, nachdem die Klage bereits eingereicht war, unter Hinweis auf aussichtsreiche Verhandlungen mit der Haftpflichtversicherung den Vorschlag gemacht, von einer Fortführung des Verfahrens (Einzahlung des Gerichtskostenvorschusses) zunächst abzusehen. Sie hat ferner angekündigt, einen Vergleichsvorschlag machen zu wollen und außerdem mehrfach, zuletzt mit Schreiben vom 7.2.1996, darauf hingewiesen, daß mit der Haftpflichtversicherung Verhandlungen geführt würden und nur noch einige Details zu klären seien. Die Klägerin konnte deshalb mit der Fortführung des Verfahrens zunächst zuwarten.

Diese die Fortführung des Verfahrens zunächst hindernden Umstände sind jedoch lange vor Ablauf der Verjährungsfrist weggefallen. Der Ankündigung im Schreiben der Beklagten vom 7.2.1996, die Haftpflichtversicherung werde eine Entscheidung treffen, ist keine entsprechende Mitteilung der Versicherung gefolgt. Auch sind weitere Erklärungen der Beklagten ausgeblieben, die das Vertrauen der Klägerin hätten rechtfertigen können, ihr Anspruch werde auch ohne Rechtsstreit befriedigt.

Nach dem plötzlichen Ende der Verhandlungen durfte die Klägerin deshalb nicht mehr darauf vertrauen, daß die Beklagte auch weiterhin mit der Zurückstellung der gerichtlichen Geltendmachung des Anspruchs einverstanden sei.

Zu diesem Zeitpunkt blieben ihr noch mehr als fünf Monate zur Unterbrechung der Verjährung durch Fortführung des Rechtsstreits (Einzahlung des Gerichtskostenvorschusses). Eine unzulässige Rechtsausübung durch Geltendmachung der Verjährungseinrede ist deshalb zu verneinen, zumal auch keine Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Verhandlungen, die die Beklagte mit ihrer Haftpflichtversicherung geführt hat, schon vor dem 7.2.1996 gescheitert waren.

Steuerberaterhaftung

- Mandatsinhalt, Interessenvertretung
- Umfassende Beratung, steuerliche Vergünstigungen
- Anforderungen des Finanzamts, andere Rechtsauffassung des Steuerberaters
- Mandatsende und Information an Neuberater
- Pflichten nacheinander tätiger Steuerberater
- Verjährungsbeginn, Sekundäranspruch
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 17.12.1998 - 13 U 100/97, n. rkr.)

Leitsätze:

1. Macht das Finanzamt die Gewährung einer steuerlichen Vergünstigung von der Vorlage einer Eröffnungsbilanz abhängig, muß der Steuerberater, der die Einreichung einer solchen Bilanz nicht für erforderlich hält, seine (vertretbare) Rechtsauffassung aufgeben und der Auflage des Finanzamts folgen.

2. Hat der Steuerberater bis zur Beendigung des Mandats die Auflage des Finanzamts nicht erfüllt, muß er darauf hinweisen, daß er in der Sache nicht mehr tätig geworden ist.

3. Zu den Pflichten nacheinander tätiger Steuerberater.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger betreibt in Hamburg eine Praxis für Neurologie und Psychiatrie. Die Beklagte war bis Oktober 1991 seine Steuerberaterin.

Der Kläger erzielte bis zum 30.9.1989 Einkünfte aus einer bis zu diesem Zeitpunkt geführten Einzelpraxis. Zum 1.10.1989 schloß er mit einer Kollegin einen Vertrag über eine Gemeinschaftspraxis. Diese sollte in den bisherigen Praxisräumen weitergeführt werden, der Kläger den Gesamtwert von 375.000 DM als seinen Anteil in die Gesellschaft einbringen und die Kollegin für den Erwerb ihrer 50%igen Beteiligung 187.500 DM zahlen.

Die Beklagte fertigte für den Kläger die **Einkommensteuererklärung 1989** und reichte sie am **15.3.1991** beim Finanzamt ein. Darin gab sie u.a. den Erlös aus der Teilpraxisveräußerung mit 129.965 DM an und beantragte, den Veräußerungsgewinn nach § 34 Abs. 1 EStG dem halben Steuersatz zu unterwerfen. Daraufhin forderte das Finanzamt die Beklagte am 19.3.1991 unter Hinweis auf die Rechtsprechung des Bun-

desfinanzhofs auf, eine Einbringungs-/Eröffnungsbilanz einzureichen. Die Beklagte entgegnete am 25.4.1991, eine „Ergänzungsbilanz“ auf den Zeitpunkt der Veräußerung sei nicht zu erstellen, weil die Buchwerte der Einzelpraxis in der Gemeinschaftspraxis fortgeführt würden.

Im Anschluß daran erließ das Finanzamt am **16.5.1991 den Einkommensteuerbescheid 1989** unter dem Vorbehalt der Nachprüfung. **Der Veranlagung legte es einen nicht begünstigten Veräußerungsgewinn von 143.718 DM zugrunde.** Der dem Steuerbescheid beigefügten Anlage war zu entnehmen, daß eine Steuervergünstigung wegen fehlender Unterlagen nicht habe gewährt werden können.

Gegen den Einkommensteuerbescheid 1989 legte die Beklagte am **29.5.1991 Einspruch** ein. Daraufhin wies sie das Finanzamt unter dem 3.6.1991 erneut auf das Erfordernis der Teilwert-einbringung hin.

Im Oktober 1991 entzog der Kläger der Beklagten das Mandat.

Mit Bescheid vom 24.4.1992 änderte das Finanzamt die Einkommensteuer 1989 dahingehend, daß der laufende Gewinn mit 142.297 DM und der diesem hinzuzurechnende Veräußerungserlös mit 138.469 DM anzusetzen seien. Dieser Bescheid wurde Gegenstand des von der Beklagten eingeleiteten Einspruchsverfahrens.

Der Kläger übergab die Wahrnehmung seiner steuerlichen Belange ab Oktober 1991 dem Steuerberater A. Dieser wurde zu einem nicht genau bestimmbar Zeitpunkte von den Steuerberatern B. und C. abgelöst. Herr A. erlangte von dem Einspruchsverfahren gegen den Einkommensteuerbescheid 1989 Kenntnis. Er unterließ es jedoch, ebenso wie die jetzt für den Kläger tätigen Steuerberater, die vom Finanzamt angeforderte Eröffnungsbilanz einzureichen.

Am 25.10.1996 wies das Finanzamt den Einspruch gegen den Einkommensteuerbescheid 1989 unter Aufrechterhaltung der zuvor vertretenen Rechtsauffassung zurück.

Der Kläger hat die Ansicht vertreten, die Beklagte habe ihre Aufklärungspflichten verletzt.

(Anträge ...)

Die Beklagte hat die Einrede der Verjährung erhoben. In der Sache hat sie behauptet, sie hätte

ihre Rechtsauffassung bei fortbestehendem Mandat bereits im April 1992, spätestens aber nach Erhalt der Einspruchsentscheidung überprüft und die Auflagen des Finanzamts erfüllt. Darüber hinaus hat sie die Ansicht vertreten, die Kausalität ihrer Pflichtverletzung für den Eintritt des Schadens sei unterbrochen worden.

Das Landgericht hat die Klage durch Urteil vom 22.4.1997 dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Zur Begründung hat es im wesentlichen ausgeführt, die Beklagte habe durch die Verletzung vertraglicher Pflichten einen Schaden verursacht. Der Ursachenzusammenhang zwischen Pflichtverletzung und Schaden sei nicht dadurch unterbrochen worden, daß die nachfolgenden Steuerberater die vom Finanzamt angeforderte Bilanz nicht eingereicht hätten. Der Umstand, daß zu einem schädigenden Ereignis das Fehlverhalten eines Dritten hinzukomme, könne den Schädiger grundsätzlich nicht entlasten.

(Anträge ...)

Der Senat hat zu der Frage, ob dem Kläger die geltend gemachte steuerliche Vergünstigung auch dann gewährt worden wäre, wenn die Beklagte eine ordnungsgemäße Einbringungs- und Eröffnungsbilanz vorgelegt hätte, gemäß § 144 Abs. 1 ZPO das Gutachten des Sachverständigen vom 24.4.1998 nebst der Ergänzung vom 24.7.1998 eingeholt.

Die zulässige Berufung ist nicht begründet. Die Beklagte ist dem Grunde nach zum Schadenersatz verpflichtet.

Aus den Gründen:

I.

Es steht außer Streit, daß zwischen den Parteien bis Oktober 1991 vertragliche Beziehungen bestanden haben. Dieses Rechtsverhältnis ist als Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter (§§ 675, 611 BGB) zu qualifizieren.

Die Beklagte wurde für den Kläger umfassend und über einen längeren Zeitraum in steuerlichen Angelegenheiten tätig. Aufgrund dieses Vertrages war die Beklagte verpflichtet, **die Interessen des Klägers bestmöglich zu wahren.**

Dazu gehörte auch, daß sie ihre Tätigkeit an einer für den Kläger günstigen Beurteilung durch die Finanzbehörden auszurichten hatte,

selbst wenn die Auffassung der Finanzbehörden mit der objektiven Sach- und Rechtslage nicht in Einklang stand (BGH, NJW 1995, 3248, 3249). Die Beklagte hat die vom Finanzamt gewünschte Einbringungs-/Eröffnungsbilanz jedoch nicht vorgelegt und damit ihre Vertragspflichten gegenüber dem Kläger verletzt.

Die Beklagte kann sich nicht darauf berufen, daß die steuerliche Handhabung des zu beurteilenden Vorganges in der finanzgerichtlichen Rechtsprechung nach wie vor umstritten ist. **Das Finanzamt hat die Gewährung der steuerlichen Vergünstigung von einer Eröffnungsbilanz abhängig gemacht, deren Vorlage die Beklagte dagegen nicht für erforderlich hielt.**

Die Beklagte hätte, um den Steuervorteil für den Kläger zu sichern, ihre (vertretbare) Rechtsauffassung aufgeben und dem Hinweis des Finanzamts folgen müssen. **Denn der steuerliche Berater hat seine Empfehlungen und Belehrungen an der für seinen Mandanten günstigen Auffassung des Finanzamts auszurichten, selbst wenn er die Sach- und Rechtslage anders beurteilt** (BGH, NJW-RR 1992, 1110).

Spätestens nach der Einlegung des Einspruchs gegen den Einkommensteuerbescheid 1989 am 29.5.1991 und den folgenden Erläuterungen des Finanzamts vom 3.6.1991 hätte die Beklagte ihre Rechtsansicht überprüfen und die nach Auffassung des Finanzamts erforderliche Bilanz in Abstimmung mit dem Kläger fertigen und einreichen müssen. Den Eingang der Einspruchsentscheidung durfte sie jedenfalls nicht abwarten.

Die Behauptung der Beklagten im Schreiben vom 21.3.1996, angesichts der Kündigung des Mandats sei ihr die Beachtung der Rechtsauffassung des Finanzamts nicht mehr möglich gewesen, steht im Widerspruch zu ihrem prozessualen Vorbringen, der Kläger habe ihr das Mandat erst im Oktober 1991 entzogen. Im übrigen entfallen mit der Vertragsbeendigung die Pflichten des Steuerberaters nicht stets in vollem Umfange. Unter besonderen Umständen kann er auch bei Vertragsende gehalten sein, die übernommene Angelegenheit des Mandanten so abzuschließen, daß dieser infolge der Beendigung keine vermeidbaren Schäden erleidet (BGH, NJW 1997, 1302).

Demgemäß hätte die Beklagte den Kläger darüber aufklären müssen, daß sie die Auflagen des Finanzamts noch nicht erfüllt habe und daß der

Kläger dem neuen Steuerberater einen entsprechenden Auftrag erteilen müsse, um nachteilige Folgen zu vermeiden.

II.

Die Frage, ob die **Kausalität** der Pflichtverletzung der Beklagten durch zusätzliche Pflichtverletzungen nachfolgender Steuerberater unterbrochen worden ist, entscheidet der Senat zum Nachteil der Beklagten.

Allerdings endete das Mandatsverhältnis der Parteien zu einem Zeitpunkt, als der Schaden noch nicht endgültig entstanden war. Der Kläger hat der Beklagten, wie bereits ausgeführt, im Oktober 1991 das Mandat entzogen, so daß diese die vom Finanzamt angeforderte Eröffnungsbilanz – jedenfalls ab diesem Zeitpunkt – nicht mehr fertigen konnte. Da sie aber rechtzeitig Einspruch gegen den Einkommensteuerbescheid 1989 eingelegt hatte, ließ sich noch nach der Beendigung des Mandats eine für den Kläger günstige Entscheidung erreichen. Daß dies nicht geschehen ist, fällt der Beklagten ebenfalls zur Last.

1. Mit dem nach Mandatsende gefertigten Schreiben vom 13.11.1991 hat die Beklagte dem neuen Steuerberater lediglich die Unterlagen zur Bearbeitung der Einkommensteuererklärung 1990 übersandt. Bei dieser Gelegenheit hätte sie, weil sie die Auflagen des Finanzamts noch nicht erfüllt hatte, auf das Einspruchsverfahren und insbesondere darauf hinweisen müssen, daß sie in der Sache nicht mehr tätig geworden ist.

2. Angesichts der eigenen Unterlassungen kann die Beklagte schwerlich den Vorwurf erheben, der Steuerberater habe sich nach Zustellung des geänderten Einkommensteuerbescheids 1989 vom 24.4.1992 nicht um das Einspruchsverfahren gekümmert. Die Beklagte wird aber selbst dann nicht entlastet, wenn man zu ihren Gunsten annimmt, der Steuerberater hätte durch die Erläuterungen des Finanzamts in der Anlage zum berichtigten Einkommensteuerbescheid auf das Einspruchsverfahren aufmerksam werden müssen. Nach der höchstgerichtlichen Rechtsprechung (BGH, NJW 1995, 958 m.w.N.) richten sich die Aufgaben eines Steuerberaters nach Inhalt und Umfang des erteilten Mandats.

Nur in den hierdurch gezogenen Grenzen hat er den Auftraggeber auch ungefragt über die bei

der Bearbeitung auftauchenden steuerrechtlichen Fragen zu belehren. Vorgänge, die ihm lediglich bei Gelegenheit des erteilten Auftrags bekannt geworden sind, jedoch in keiner unmittelbaren Beziehung zu der von ihm übernommenen Aufgabe stehen, hat er nicht darauf zu untersuchen, ob sie Veranlassung zu einem Rat oder Hinweis an den Mandanten geben. Hier war der Steuerberater nicht mit der Einkommensteuererklärung 1989 und mit dem laufenden Einspruchsverfahren befaßt.

Das Vorbringen der Beklagten, der Kläger habe diesen Steuerberater „offensichtlich ... mit der Prüfung seines Steuerbescheids für das Jahr 1989“ beauftragt, ist unerheblich. Es geht um die Frage, ob er auch mit der Führung des Einspruchsverfahrens beauftragt worden ist. Für den Kläger hat aber kein Anlaß zu einem solchen Auftrag bestanden. Er konnte, mangels einer gegenteiligen Nachricht der Beklagten, davon ausgehen, daß diese die erforderlichen Maßnahmen getroffen hatte.

Eine Unterbrechung des Ursachenzusammenhangs kommt aber auch deshalb nicht in Betracht, weil der neue Steuerberater allenfalls denselben Fehler gemacht hat wie die Beklagte.

3. Die Frage, wem eine Pflichtverletzung bei nacheinander tätigen Beratern zuzurechnen ist, war Gegenstand der Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 18.3.1993 (NJW 1993, 1779). Eine „Unterbrechung des Kausalzusammenhangs“ kommt danach nur dann in Betracht, wenn ein Dritter in völlig ungewöhnlicher und unsachgemäßer Weise in den schadensträchtigen Geschehensablauf eingreift und eine weitere Ursache setzt, die den Schaden erst endgültig herbeiführt. Dafür spricht hier nichts. Selbst nach dem Vorbringen der Beklagten war der Schaden noch nicht endgültig entstanden, als das Mandatsverhältnis des Klägers zum Steuerberater endete.

4. Der Ursachenzusammenhang zwischen der Pflichtverletzung der Beklagten und dem eingetretenen Schaden kann schließlich nicht deshalb verneint werden, weil die Steuerberater B. und C. nach Eingang des Schreibens des Finanzamts vom 6.9.1995 nur die Beklagte auf ihre Versäumnisse hingewiesen, die gewünschte Eröffnungsbilanz aber nicht vorgelegt haben. Dabei kann der Streit der Parteien, ob der Grundlagenbescheid für das Jahr 1989 zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch geändert werden konnte, auf sich beruhen.

Selbst wenn die Steuerberater B. und C. insoweit einer Fehleinschätzung unterlegen gewesen wären, hätte dies nicht zu einer Unterbrechung des Kausalzusammenhangs geführt. In den von der Beklagten gesetzten „schadenträchtigen Geschehensablauf“ haben sie damit gerade nicht eingegriffen. Ihnen könnte nur der Vorwurf gemacht werden, die Rechtslage nicht richtig beurteilt und den gleichen Fehler wie die Beklagte gemacht zu haben.

III.

Ein **mitwirkendes Verschulden** des Klägers oder der nachfolgenden Steuerberater bei der Entstehung des Schadens (§ 254 BGB) kommt nicht in Betracht.

1. Allerdings muß der Geschädigte die geeigneten und zumutbaren Maßnahmen ergreifen, um den ihm drohenden Schaden abzuwenden oder zu mindern. Gegen die eigenen Interessen hätte der Kläger aber nur verstoßen, wenn er von der Beklagten spätestens bei Mandatsende darüber informiert worden wäre, daß sie dem Finanzamt die angeforderten Unterlagen noch nicht übersandt habe. Das ist aber unstreitig nicht geschehen. Aus der dem berechtigten Steuerbescheid 1989 vom 24.4.1992 beigefügten Anlage ist jedenfalls nicht zu entnehmen, daß die Beklagte lediglich Einspruch eingelegt hat. Es wird nur mitgeteilt, daß über den Einspruch noch nicht entschieden worden sei.

2. Der Kläger muß sich auch nicht eine schuldhaftige Pflichtverletzung der nachfolgenden Steuerberater als Mitverschulden zurechnen lassen (§§ 254, 278 BGB). Der Kläger hat den Steuerberater A. und später die Steuerberater B. und C. nicht beauftragt, um im Einspruchsverfahren einen erkannten oder mindestens für möglich gehaltenen Fehler der Beklagten zu beheben. Erst das Finanzamt hat die letztgenannten Berater, wie dem Schreiben vom 6.9.1995 zu entnehmen ist, über die Einzelheiten des Einspruchsverfahrens informiert. **Sollten die nachfolgenden Berater aber in ihrem Pflichtenkreis zum Schaden des Klägers beigetragen haben, dann haften sie diesem als Gesamtschuldner mit der Beklagten. Gemäß § 421 BGB kann der Kläger Schadenersatz nach seinem Belieben von jedem der Gesamtschuldner fordern.**

IV.

Eine Vorabentscheidung über den Grund kann nach § 304 ZPO ergehen, wenn der Anspruch

nach Grund und Betrag streitig und lediglich der Streit über den Anspruchsgrund zur Entscheidung reif ist. Danach muß in erster Linie eine Trennung in Grund- und Betragsverfahren möglich sein. Diese Voraussetzung erfüllt nur ein auf Zahlung von Geld oder die Leistung vertretbarer Sachen gerichteter Anspruch, der der Höhe nach summenmäßig bestimmt ist (BGH, NJW 1991, 1896). Der Kläger hat einen entsprechenden Antrag gestellt. Daß er erst im Berufungsrechtszug auf die fehlende Auflösung aller stillen Reserven in einer Einbringungs- und Eröffnungsbilanz setzt, stellt allenfalls eine sachdienliche Klageänderung dar.

V.

Die Schadenersatzansprüche des Klägers gegen die Beklagte sind **nicht verjährt**.

1. Nach § 68 StBerG verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus einem zwischen ihm und dem Steuerberater bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Ein Schadenersatzanspruch entsteht in diesem Sinne, wenn er wenigstens dem Grunde nach erwachsen ist, mag seine Höhe auch noch nicht beziffert werden können, ferner wenn durch die Verletzungshandlung eine als Schaden anzusehende Verschlechterung der Vermögenslage eintritt, ohne daß feststehen muß, ob ein Schaden bestehenbleibt und damit endgültig wird (BGH, MDR 1992, 1088 = GI 1992, 311, 315).

In diesen Fällen muß der Ablauf der Verjährungsfrist durch die Erhebung einer Klage auf Feststellung der Pflicht, den noch nicht bezifferten entstandenen und entstehenden Schaden zu ersetzen, unterbrochen werden.

Hat der Steuerberater steuerliche Nachteile seines Mandanten verschuldet, dann beginnt die Verjährungsfrist, sobald diesem der belastende Steuerbescheid bekanntgegeben wird (BGH, NJW 1995, 2108). Von diesem Zeitpunkt an besteht die Möglichkeit zur Prüfung, ob der Steuernachteil auf einem Beratungsfehler beruht und ob deshalb ein Ersatzanspruch gegen den Steuerberater im Klagewege geltend gemacht werden soll.

Hier ist **dem Kläger der Einkommensteuerbescheid 1989 vom 16.5.1991 noch im Laufe des Monats Mai 1991 bekanntgegeben worden**. Denn die Beklagte hat gegen diesen Bescheid

bereits am 29.5.1991 namens des Klägers Einspruch eingelegt. Die dreijährige Verjährungsfrist war bereits Ende Mai 1994 vollendet. Darauf kann sich die Beklagte aber nicht berufen. **Sie hat nämlich die Belehrung über die Eigenhaftung und den Ablauf der Verjährungsfrist unterlassen (sog. Sekundärhaftung).**

2. Grundsätzlich ist ein Steuerberater wie ein Rechtsanwalt verpflichtet, seinen Mandanten vor Ablauf der ersten Verjährungsfrist auf die Möglichkeit seiner Haftung hinzuweisen, **wenn es für ihn aus begründeten Anhaltspunkten wahrscheinlich ist, daß er einen Fehler mit Schadensfolgen für den Mandanten gemacht hat** (BGH, NJW-RR 1996, 313, 314; NJW 1992, 836, 837; 1991, 2828, 2830; Senat, GI 1993, 210, 211).

Wird diese Pflicht schuldhaft verletzt, steht dem Geschädigten der sog. Sekundäranspruch zu. Da die sekundäre Hinweispflicht aus der Vertragspflicht zur umfassenden Beratung des Mandanten hergeleitet wird, besteht diese grundsätzlich **nur bis zum Mandatsende**. Tritt aber noch vor dem Mandatsende ein akuter Anlaß ein, die Art der Erledigung des Auftrags in einem bestimmten Punkt auf ihre Ordnungsmäßigkeit zu überprüfen, so hat der Steuerberater dies im Rahmen der Abwicklung des Mandats zu tun und den Mandanten bei dieser Gelegenheit auf Fehler, die ihm dabei auffallen müssen, hinzuweisen (BGH, NJW-RR 1997, 50 = StB 1996, 487, 489).

Hier hatte die Beklagte nach dem Erlaß des Einkommensteuerbescheids 1989 Anlaß zu einer Überprüfung ihres gegenüber dem Finanzamt eingenommenen Standpunktes. Sie war deshalb verpflichtet, noch vor der Beendigung des Mandats auf eine mögliche Pflichtverletzung und auf die Verjährung des Schadensersatzanspruches hinzuweisen. Da sie die gebotene Aufklärung unterlassen hat, ist die Verjährungsfrist um drei Jahre verlängert worden.

Die Verjährung des Sekundäranspruchs begann nach der Rechtsprechung des BGH (a.a.O.) allerdings nicht im Zeitpunkt der Beendigung des Mandats, sondern erst mit Ablauf der Primärverjährung. Denn § 68 StBerG läßt anders als § 51b BRAO die Verjährung nicht spätestens drei Jahre nach der Beendigung des Auftrags enden. Da die Primärverjährung Ende Mai 1994 eintrat, war der Sekundäranspruch bei Klageeinreichung am 25.10.1996 noch nicht verjährt.

(...)

Verjährung, § 51b BRAO

- Verjährungsbeginn
- Ausschlußfrist versäumt
- Sekundärhaftung
- Anlaß zur Belehrung
- Falsche Belehrung
- Mandatswechsel

(OLG Hamm, Urt. v. 20.11.1997 - 28 U 115/97, rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH v. 8.10.1998 - IX ZR 5/98, OLG-Report 1999, 296)

Leitsätze:

1. Zu Inhalt und Umfang der „Sekundärbelehrung“ eines Rechtsanwalts zur Verjährung eines gegen ihn möglichen Regreßanspruchs.

2. Die „Sekundärhaftung“ entfällt auch bei falscher Belehrung, wenn der Mandant - unter Beendigung des Mandatsverhältnisses zu dem bisherigen Anwalt - rechtzeitig neue Anwälte beauftragt.

3. Versäumen die neuen Anwälte die Korrektur der fehlerhaften Belehrung und kommt es deshalb zum Eintritt der Regreßverjährung, so steht auch § 242 BGB der Erhebung der Verjährungseinrede nicht entgegen.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger verlangt von dem Beklagten Schadensersatz wegen Verletzung anwaltlicher Pflichten wegen und im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Ansprüchen aus einer Berufsunfähigkeitszusatzversicherung bei der P.-Versicherung.

Auf den Versicherungsantrag vom 24.10.1987 hin, der von dem Versicherungsvertreter K. ausgefüllt worden war, erhielt der Kläger einen Versicherungsschein über eine Lebensversicherung, Unfallzusatzversicherung und Berufsunfähigkeitszusatzversicherung vom 4.2.1988 mit Versicherungsbeginn zum 1.11.1987. In dem Versicherungsantrag wurde die Frage: „Sind Sie in den letzten fünf Jahren ärztlich untersucht, beraten oder behandelt worden?“ mit „Ja, 1986, Einstellungsuntersuchung - gesund -; Betriebsarzt und Dr. Z., M.“ beantwortet.

Bereits im März 1986 hatte der Kläger jedoch einen Arbeitsunfall erlitten mit einem Unterarmbruch rechts (dreifacher Knochenbruch, schweres Unterarmtrauma rechts und ausgedehnte Weichteilverletzung [Unterarmquetschung und

Verletzung der Unterarmmuskulatur)). Ob und inwieweit der Kläger danach bereits Beschwerden (Taubheitsgefühl an einer Handkante und am rechten Unterarm) gehabt hat oder ob Beschwerden erst im Jahre 1991 mit einem Taubheitsgefühl begonnen haben, ist zwischen den Parteien streitig. Am 3.9.1992 wurde der Kläger wegen dieser Beschwerden operiert. (...) Nach Darstellung des Klägers ist dieser seitdem zu 100 % berufsunfähig; eine zwanghafte Beugefehlhaltung der Finger nach der Operation bestehe bis heute fort.

Im Juni 1992 beantragte der Kläger eine Berufsunfähigkeitsrente und eine Beitragsbefreiung hinsichtlich der Hauptversicherung, die nach den Versicherungsbedingungen bei mindestens 50 %iger Berufsunfähigkeit eingreift. Bei einer solchen Berufsunfähigkeit steht dem Kläger ein monatlicher Betrag als Berufsunfähigkeitsrente von 600 DM zu, zahlbar jeweils für drei Monate im voraus ab dem Monat der Antragstellung.

Nachdem die P-Versicherung ein Gutachten des Dr. K. eingeholt hatte und wohl zuvor eine örtliche Stellungnahme bzw. Auskunft des Dr. Z. vom 1.9.1992, führte sie im Schreiben vom 16.12.1992, dem Kläger am 18.12.1992 zugegangen, aus, daß der Arbeitsunfall von März 1986 im Versicherungsantrag nicht angegeben worden sei, aber laut Gutachten des Dr. K. zu der Erkrankung geführt habe, die am 3.6.1992 operativ behandelt worden sei. Gemäß § 123 BGB i.V.m. § 22 VVG werde daher die Berufsunfähigkeitszusatzversicherung wegen arglistiger Täuschung angefochten.

Es heißt dann weiter: „Gegen unsere Entscheidung können Sie innerhalb von 6 Monaten nach Zugang dieses Schreibens ihren vermeintlichen Anspruch gerichtlich geltend machen. Wird der vermeintliche Anspruch nicht innerhalb dieser Frist gerichtlich geltend gemacht, werden wir durch bloßen Zeitablauf von unserer Verpflichtung zur Leistung frei.“

Der Kläger beauftragte daraufhin den Beklagten mit der Wahrnehmung seiner Interessen. Dieser meldete sich mit Schreiben vom 22.12.1992 für den Kläger bei der P-Versicherung. Mit Klageschrift vom 21.5.1993, beim AG eingegangen am 25.5.1993, erhob der Beklagte für den Kläger sodann Klage gegen die P. auf Zahlung der Berufsunfähigkeitszusatzrente für das erste Jahr. Am gleichen Tag übersandte er die Klageschrift dem Kläger sowie ein Schreiben an die Rechtsschutzversicherung des Klägers, in dem es u.a.

heißt, daß die Klage bereits erhoben worden sei, da die 6-Monats-Frist zur Klageerhebung am 16.6.1993 ablaufe.

Das AG forderte Gerichtskosten mit am 26.5.1993 ausgeführter Verfügung vom 25.5.1993 an. Am 25.6.1993 wandte sich der Beklagte an den Kläger, übersandte ihm das eine Deckung ablehnende Schreiben der Rechtsschutzversicherung vom 14.6.1993 und bat gleichzeitig um die Überweisung eines geschäftsüblichen Kostenvorschusses i.H.v. 500 DM an sich. An diesen Vorschuß erinnerte er mit Schreiben vom 30.7.1993. Eine Nachfrage im August 1993 wegen des Gerichtskostenvorschusses ergab, daß der Gerichtskostenvorschuß noch nicht eingezahlt worden war. Am 18.8.1993 zahlte der Kläger sodann den Gerichtskostenvorschuß bar ein. Die Zustellung der Klage an die Versicherung erfolgte daraufhin am 23.8.1993.

Mit Urteil vom 28.12.1993 wies das AG die Klage mit der Begründung ab, daß der Anspruch gegen die Versicherung bereits am 18.6.1993 verjährt sei. Durch den erst am 18.8.1993 eingezahlten Gerichtskostenvorschuß habe die grundsätzlich fristgerecht eingereichte Klage nicht mehr rechtzeitig i.S.d. § 270 Abs. 3 ZPO zugestellt werden können. Eine von dem Beklagten weisungsgemäß eingelegte Berufung gegen dieses Urteil ist nicht begründet worden, das Urteil des AG mithin rechtskräftig geworden.

Am 18.3.1994 hatte der Beklagte an den Kläger dazu geschrieben, daß die Durchführung der Berufung keinerlei Aussicht auf Erfolg verspreche und die Berufung nur begründet werde, wenn vom Kläger eine dahingehende eindeutige Weisung erfolge. In diesem Schreiben heißt es weiter:

„Das AG hat in seiner Begründung zum Urteil vom 28.12.1993 ausgeführt, daß meinerseits eine Anfrage bei Gericht erforderlich gewesen wäre, ich also Erkundigungen hätte einziehen müssen, warum die Klage noch nicht zugestellt worden ist. Sollte diese Unterlassung der Nachfrage letztlich ursächlich für den Schadeneintritt, u.a. die Abweisung der Klage, gewesen sein, so besteht die Möglichkeit, ggfls. Schadenersatzansprüche gegen mich als Ihren Vertreter geltend zu machen. Diese Schadenersatzansprüche müßten bis zu 3 Jahren nach dem Fristablauf entsprechend dem Schreiben der P. vom 16.12.1992 geltend gemacht werden, da ansonsten Verjährung gemäß § 51 BRAO eintritt. Die Verjährungsfrist läuft nach der ständigen

Rechtsprechung spätestens 3 Jahre nach Zugang meines am heutigen Tage an Sie gerichteten Schreibens ab.“

Nachdem mit Schriftsatz vom 21.3.1994 der Beklagte die Berufung auf Anweisung des Klägers zurückgenommen hatte, meldeten sich am 29.3.1994 für den Kläger mit Vollmacht die Rechtsanwälte Dr. W. pp. unter Hinweis u.a. auf das Schreiben des Beklagten vom 18.3.1994. Es heißt darin sodann: „Sie selbst weisen auf einen möglichen Schadenersatzanspruch gegen sich hin. Wir sind beauftragt, einen solchen Schadenersatzanspruch zu überprüfen. Zu diesem Zwecke bitte ich Sie um Überlassung Ihrer gesamten Handakte zur Einsichtnahme ...“ Mit Schreiben vom 8.4.1994 übersandte der Beklagte seine komplette Handakte.

Am 10.9.1996 ging sodann eine Regreßteilklage i.H.v. 33.607,94 DM zzgl. gestaffelter Zinsen beim LG ein, mit der „die bis jetzt fälligen Zahlungen“ geltend gemacht wurden. Mit Schriftsatz vom 18.3.1997, beim LG am gleichen Tage eingegangen, wurde die Klage erweitert, und zwar ausdrücklich zum Zwecke der Verjährungsunterbrechung. In der folgenden Verhandlung vom 20.3.1997 wurde sodann unter Bezugnahme auch auf diese Anträge mündlich verhandelt.

Der Kläger hat geltend gemacht, daß der Beklagte bis zum 18.6.1993 nicht nur die Klage hätte einreichen, sondern auch für eine rechtzeitige Zahlung des Gerichtskostenvorschusses hätte sorgen müssen. Im übrigen habe er nur einen Zahlungsanspruch gegen die Versicherung geltend gemacht und darüber hinausgehende Feststellungsanträge versäumt.

Eine rechtzeitige Klage gegen die Versicherung hätte auch Erfolg gehabt. Er, der Kläger, habe damals nämlich auf Befragen des Geschäftsstellenleiters der P-Versicherung, des Zeugen K., wahrheitsgemäß über den Armbruch und die Operation und deren völlig problemlosen Verlauf bis dahin berichtet. Der Zeuge K. habe eine Angabe für nicht erforderlich gehalten. Die P. habe daher nicht anfechten können, wobei eine Teilanfechtung eines Gesamtvertrages ohnehin unzulässig sei. Im übrigen habe die P.-Versicherung die Monatsfrist für einen Rücktritt versäumt, obgleich ihr bereits mit Schreiben des Dr. Z. vom 1.9.1992 sämtliche Informationen mitgeteilt worden seien, die für die Ausübung des Rücktrittsrechts notwendig gewesen wären.

(...)

Aus den Gründen:

I.

Die Berufung ist zulässig. (...)

II.

Die Berufung ist jedoch unbegründet. Das LG hat zu Recht die Einrede der Verjährung eines etwaigen Regreßanspruchs gegen die Beklagten für begründet erachtet.

1. Der Schadenersatzanspruch des Mandanten wegen der Verletzung anwaltlicher Pflichten **verjährt** gemäß § 51, 1. Alt. BRAO = § 51b, 1. Alt. BRAO n.F. **in drei Jahren seit der Entstehung des Anspruchs. Entstanden ist der Anspruch, wenn infolge der Pflichtverletzung des Anwalts ein Schaden eingetreten ist, d.h. also mit der Verschlechterung der Vermögenslage des Mandanten** (vgl. z.B. Zugehör, Beil. zu Heft 21/1995 der NJW, S. 12).

Wie das LG richtig angenommen hat, ist vorliegend der Schaden mit Ablauf des 18.6.1993 eingetreten. Es entspricht gefestigter Rechtsprechung des Senats, daß dann, wenn ein Rechtsanwalt einen Anspruch seines Auftraggebers gegen einen Dritten hat verjähren lassen, **der Mandant zumindest bei einem streitigen Anspruch bereits mit dem Ablauf der Verjährungsfrist geschädigt ist** (vgl. z.B. BGH v. 14.7.1994 - IX ZR 204/93, MDR 1994, 1249 = NJW 1994, 2822, 2823 f.). Diese Beurteilung trifft erst recht zu für den **Ablauf der Ausschußfrist des § 12 Abs. 3 VVG**, der von Amts wegen zu berücksichtigen ist (vgl. Prölss/Martin, VVG 25. Aufl., § 12 Anm. 5 u. 8). Nach der Risiko-Schaden-Formel des BGH hat sich mit Ablauf dieser Frist die Vermögenslage des Betroffenen infolge der Verletzungshandlung gegenüber seinem früheren Vermögensstand verschlechtert, ist also ein Schaden eingetreten.

Entgegen der Argumentation der Berufungsbegründung ist der Schaden nicht etwa durch die Rücknahme der Berufung im Vorprozeß am 21.3.1994 entstanden. **Es geht nämlich nicht um die Beurteilung des Schadeneintritts aufgrund fehlerhaften Prozeßverhaltens im Rahmen eines Prozeßmandats, bei dem nach der Rechtsprechung des BGH** (v. 9.7.1992 - IX ZR 50/91, MDR 1992, 1088 = NJW 1992, 2828; v. 24.6.1993 - IX ZR 216/92, MDR 1993, 1126 = NJW 1993, 2747) **der Erlaß eines nachteiligen Urteils einen Schaden regelmäßig noch nicht hervor-**

gerufen hat, solange nicht auszuschließen ist, daß die Entscheidung in einem weiteren Rechtzug zugunsten des Mandanten geändert wird. Vielmehr geht es hier um die Beurteilung eines Verhaltens des Beklagten bei der dem Prozeß vorgelagerten Pflicht, nämlich für eine Verjährungsunterbrechung durch rechtzeitige ordnungsgemäße Klageerhebung zu sorgen.

Die dreijährige Verjährungsfrist nach § 51, 1. Alt. BRAO = § 51b, 1. Alt. BRAO n.F. ist mithin mit Ablauf des 18.6.1996, also vor Klageerhebung, abgelaufen. Anhaltspunkte für andere Unterbrechungs- oder Hemmungstatbestände sind weder vorgetragen noch sonst ersichtlich.

2. Der Beklagte ist auch nicht unter dem Gesichtspunkt der **Sekundärhaftung** gehindert, die Verjährungseinrede zu erheben.

a) Zwar entsteht dann, wenn ein Anwalt vor Ablauf der Verjährung des Regreßanspruchs **begründeten Anlaß hat zu prüfen, ob er dem Mandanten durch einen Fehler einen Schaden zugefügt hat und er dabei eine durch seinen Fehler eingetretene Schädigung als möglich erkennen kann, die Verpflichtung, hierauf sowie auf die kurze Verjährungsfrist des § 51 BRAO = § 51b BRAO n.F. hinzuweisen** (vgl. z.B. BGH v. 23.5.1985 - IX ZR 102/84, MDR 1985, 843 = NJW 1985, 2250; BGH v. 18.9.1986 - IX ZR 204/85, MDR 1987, 139 = NJW 1987, 326; BGH v. 1.2.1990 - IX ZR 82/89, MDR 1990, 713 = NJW-RR 1990, 459; BGH v. 14.11.1991 - IX ZR 31/91, MDR 1992, 193 = NJW 1992, 836, 837)

Dies hat so rechtzeitig zu geschehen, daß der Mandant in der Lage ist, ohne Zeitdruck anderweitigen Rechtsrat einzuholen und ggf. die Verjährung durch gerichtliche Geltendmachung (§ 209 BGB) zu unterbrechen. Versäumt der haftpflichtige Anwalt dies schuldhaft, steht dem Geschädigten der sog. Sekundäranspruch zu, der sich darauf richtet, gemäß § 249 BGB so gestellt zu werden, als wäre die Verjährung des primären Schadenersatzanspruchs nicht eingetreten.

b) **Begründeter Anlaß** zur Prüfung einer Schadenzufügung durch einen Anwaltsfehler bestand für den Beklagten spätestens **infolge des Urteils des AG im Vorprozeß**.

c) Mit Schreiben vom 18.3.1994 hat der Beklagte aufgrund dieses Anlasses den Kläger auf die Möglichkeit eines Regreßanspruchs hingewiesen und ist insoweit seiner sekundären Hinweispflicht nachgekommen.

d) **Der Anwalt muß jedoch auch auf die kurze Verjährung des § 51 BRAO = § 51b BRAO n.F. hinweisen.** Das hat der Beklagte zwar getan. Der erste Teil seiner Belehrung entspricht grundsätzlich dem Inhalt der Verjährungsregelung des § 51, 1. Alt. BRAO = § 51b, 1. Alt. BRAO n.F. Jedoch wird hierbei nur von allgemeiner Geltendmachung des Schadenersatzanspruchs gesprochen, was schon eine irreführende bzw. nicht ausreichende Belehrung sein könnte, weil eine bloße Geltendmachung für eine Verjährungsunterbrechung nicht ausreicht.

Die Belehrung über die Verjährungsfrist muß aber zutreffend sein (vgl. BGH v. 18.9.1986 - IX ZR 204/85, MDR 1987, 139 = NJW 1987, 326 ff), d.h. **der Mandant muß über den Ablauf der Verjährungsfrist richtig informiert werden.**

Während bei einem **Steuerberater** der geschuldete Hinweis sich darauf erschöpfen kann, **den Auftraggeber mit dem Wortlaut des § 68 Steuerberatergesetz bekannt zu machen, ohne daß über Beginn oder Ende der Verjährung im konkreten Regreßfall belehrt werden muß** (BGH v. 4.4.1991 - IX ZR 215/90, MDR 1991, 726 = NJW 1991, 2828; Zugehör, Beil. zu Heft 21/1995 der NJW, S. 18), ist dies bei einem Rechtsanwalt anders. Auch bei diesem soll aber ein Hinweis genügen, der dem Mandanten die rechtzeitige Geltendmachung ermöglicht (Zugehör, a.a.O.), ohne daß bei der Durchsetzung im einzelnen beraten werden müßte (vgl. auch Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 5. Aufl., Rz. I, 268). Ob nach diesen Kriterien der allgemeine Hinweis, daß die Schadenersatzansprüche „geltend gemacht werden“ müßten, ausreicht, ist aber mindestens zweifelhaft.

Mit dem zweiten Satz seiner Belehrung, daß die Verjährungsfrist nach ständiger Rechtsprechung spätestens drei Jahre nach Zugang seines Schreibens vom 18.3.1994 ende, ist jedenfalls **eine unrichtige Belehrung** erfolgt. Sollte der Beklagte dabei die zweite Alternative von § 51 BRAO = § 51b BRAO n.F. im Auge gehabt haben, so wäre der Hinweis zumindest nicht hinreichend verständlich. Er wäre auch insoweit falsch, als nach dem weiteren Hinweis des Inhalts des Schreibens der Beklagte nicht etwa mit diesem Schreiben das Mandatsverhältnis beendete. Die Berufungsbegründungsfrist lief noch bis zum 21.3.1994 und der Beklagte erwartete insoweit eine Weisung, sah sich also erklärtermaßen noch in einem Mandatsverhältnis zum Kläger stehend. Der nachfolgenden Weisung zur Rücknahme der Berufung kam er auch nach.

Abgesehen davon war der Hinweis auf den Ablauf der Verjährungsfrist spätestens drei Jahre nach Zugang des Schreibens vom 18.3.1994 als Belehrung über Beginn oder Ende der Verjährung im konkreten Regreßfall deshalb fehlerhaft, da irreführend, weil die zweite Alternative von § 51 BRAO = § 51b BRAO n.F. als Hilfsregelung wegen des vor der Mandatsbeendigung liegenden Schadeneintritts nicht eingreifen konnte.

e) Auf die unzureichende Belehrung zur Verjährungsfrist kann sich der Kläger aber nicht berufen. Er hat sich nämlich **weit vor Ablauf der Primärverjährungsfrist, und zwar innerhalb von wenigen Tagen nach Erhalt des Schreibens des Beklagten vom 8.3.1994, an die Rechtsanwälte Dr. W. pp. gewandt** und diese mit der Wahrnehmung seiner Interessen hinsichtlich der Ansprüche gegen den Beklagten beauftragt. Zwar haben diese neuen Anwälte den Kläger über den Ablauf der Verjährungsfrist offenbar nicht oder zumindest nicht zutreffend belehrt. Die Regreßklage gegen den Beklagten ist verspätet eingereicht und in erster Instanz für die Verjährungsfrist die Kenntnis des Klägers unrichtig für maßgebend erklärt worden. Ob die neuen Anwälte ihren Beratungspflichten aus ihrem neuen Mandat hier hinreichend nachgekommen sind, ist aber im Hinblick auf eine Regreßpflicht des Beklagten unerheblich.

f) Eine Pflicht, über die Regreßmöglichkeit gegen sich zu belehren sowie auf die kurze Verjährungsfrist des § 51 BRAO = § 51b BRAO n.F. hinzuweisen, entfällt nach ständiger Rechtsprechung des BGH u.a. dann, wenn der Mandant rechtzeitig vor Ablauf der Verjährung wegen der Haftungsfrage anderweitig anwaltlich beraten wird (BGH v. 8.5.1984 - VI ZR 156/82, MDR 1985, 44 = NJW 1984, 2204; v. 26.2.1985 - VI ZR 144/83, MDR 1985, 565 = NJW 1985, 1151, 1152; WPM 1988, 629, 631; v. 14.11.1991 - IX ZR 31/91, MDR 1992, 193 = NJW 1992, 836, 837; v. 27.1.1994 - IX ZR 195/93, MDR 1994, 621 = NJW 1994, 1407; v. 11.5.1995 - IX ZR 140/94, MDR 1995, 1070 = NJW 1995, 2107, 2109; WPM 1996, 33, 34).

Hat ein anderer Rechtsanwalt mit Wissen und Willen des Mandanten rechtzeitig einen Regreßanspruch angemeldet, so entfällt die Hinweispflicht des in Anspruch genommenen Anwalts sogar dann, wenn diesem nicht bekannt ist, ob der Mandant auch über die Vorschrift des § 51 BRAO = § 51b BRAO n.F. zutreffend belehrt worden ist (BGH v. 14.11.1991 - IX ZR 31/91, MDR 1992, 193 = NJW 1992, 837; v. 27.1.1994 - IX ZR 195/93, MDR 1994, 621 =

NJW 1994, 1407). **Die aus dem neuen Mandat begründeten Hinweispflichten treten an die Stelle derjenigen, die dem haftpflichtigen Rechtsanwalt ansonsten zur Erfüllung der an ihn gerichteten Ansprüche obliegen** (BGH v. 14.11.1991 - IX ZR 31/91, MDR 1992, 193 = NJW 1992, 837).

In ihrem Schreiben vom 29.3.1994 haben die Rechtsanwälte Dr. W. pp. unter Bezugnahme auf das Schreiben des Beklagten vom 18.3.1994 ausgeführt, zur Überprüfung eines Schadenersatzanspruchs gegen den Beklagten beauftragt zu sein. Der Prozeßauftrag des Beklagten seinerseits war mit der am letzten Tag der Berufungsbegründungsfrist erklärten Berufungsrücknahme beendet. **Spätestens durch die Meldung der neuen Anwälte erfolgte auch eine Mandatsbeendigung durch konkludente Kündigung.** Denn die neuen Anwälte verlangten mit ihrem Schreiben vom 29.3.1994 die Handakten heraus zur Prüfung eines Regreßanspruchs gegen den Beklagten.

Mit Mandatierung der Rechtsanwälte Dr. W. pp. oblagen diesen neuen Anwälten im Rahmen ihrer umfassenden Beratungspflicht gegenüber dem Kläger Hinweis- und Belehrungspflichten, die den Regreßanspruch wie auch die Verjährung eines solchen Regreßanspruchs selbst betrafen (vgl. Senat, Urt. v. 12.1.1995 - 28 U 306/93, S. 29, u. Nichtannahmebeschl. d. BGH v. 31.3.1996 - IX ZR 78/95, S. 3). Sache der neuen Anwälte war auch die Überprüfung und Korrektur etwaiger Mißverständnisse oder Fehlinterpretationen hinsichtlich des Verlaufs der Verjährungsfrist infolge der Ausführungen des Beklagten dazu in seinem Schreiben vom 18.3.1994.

Haben die neuen Anwälte ihre Pflichten verletzt, so haben diese bei wertender Betrachtungsweise den Schaden zu verantworten, der durch Verjährung des Regreßanspruchs gegen den früheren Anwalt entsteht (vgl. BGH v. 1.2.1990 - IX ZR 82/89, MDR 1990, 713 = NJW-RR 1990, 459, 460).

g) Der Beklagte ist auch nicht nach Treu und Glauben gehindert, sich auf die Verjährung des Regreßanspruchs zu berufen. Zwar war seine Belehrung zur Regreßverjährung fehlerhaft. Der Arglisteinwand gemäß § 242 BGB gegenüber einer Verjährungseinrede ist jedoch nur unter Anlegung strenger Maßstäbe bei einem wirklich groben Verstoß gegen Treu und Glauben begründet (BGH v. 1.10.1987 - IX ZR 202/86, MDR 1988,

228 = NJW 1988, 265; WPM 1988, 127 f; v. 21.1.1988 - IX ZR 65/87, MDR 1988, 578 = NJW 1988, 2245 = WPM 1988, 639 ff; VersR 1977, 617, 619; v. 3.11.1988 - IX ZR 203/87, MDR 1989, 250 = NJW-RR 1989, 215, 217; v. 25.9.1990 - XI ZR 126/89, MDR 1991, 340 = NJW-RR 1991, 92; v. 29.2.1996 - IX ZR 180/95, MDR 1996, 1073 = NJW 1996, 1895, 1897; Senat, Urt. v. 15.12.1992 - 28 U 78/92, OLG-Report Hamm 1993, 72, u. zuletzt im Urt. v. 6.5.1997 - 28 U 8/97; Borgmann/Haug, *Anwaltshaftung*, 3. Aufl., Kap. X Rz. 60). Ein derartiger Verstoß gegen Treu und Glauben ist in dem Verhalten des Beklagten jedoch nicht zu sehen. Zur ersten Alternative zu § 51b BRAO n.F. hat er im Prinzip richtig belehrt. Sein zweiter Satz drückt immerhin aus, daß die Frist von drei Jahren, gerechnet vom 18.3.1994, allenfalls das Maximum sein könne („spätestens“), also nicht etwa einfach mit einer Verjährungsunterbrechung bis zum 18.3.1997 zugewartet werden könne.

Entscheidend ist letztlich auch hier zudem der Gesichtspunkt einer **fehlenden Schutzbedürftigkeit des Klägers**, der einer möglicherweise in Betracht zu ziehenden Vertrauenshaftung des Beklagten entgegensteht und auch einen Einwand aus § 242 BGB gegenüber der Einrede der Verjährung entfallen läßt. **Der Kläger hat sich umgehend an die Rechtsanwälte Dr. W. pp. als neue Rechtsanwälte gewandt, denen auch das Schreiben des Beklagten vom 18.3.1994 sofort vorgelegt wurde und die auch von dem Beklagten die angeforderte vollständige Handakte alsbald ausgehändigt erhielten.** Es bestand somit keinerlei Hindernis für die neuen Anwälte, nunmehr im Rahmen ihrer umfassenden primären Beratungspflicht die fehlerhafte Belehrung des Beklagten richtigzustellen, den Kläger wegen der Regreßverjährung richtig zu belehren und für eine rechtzeitige Unterbrechung der Verjährung Sorge zu tragen.

Auf ein (auch bei den neuen Anwälten) durch den Beklagten begründetes Vertrauen, der Beklagte werde den Regreßanspruch vor Ablauf des 18.3.1997 nur mit sachlichen Argumenten und nicht mit der Verjährungseinrede bekämpfen, kann sich der Kläger nicht berufen. Der Beklagte hat einen solchen Eindruck nicht erweckt. Der im Anschluß an Ausführungen zu einem möglicherweise bestehenden Regreßanspruch erfolgte Hinweis auf die Regreßverjährung machte im Gegenteil deutlich, daß die Verjährungsfrist durch den Kläger zu beachten sei, anderenfalls also auch eine Verteidigung mit einer Verjährungseinrede erfolge.

Amtspflichtverletzung des Finanzamts

- Kosten des Steuerberaters
- Schadenersatzanspruch des Steuerpflichtigen (LG Berlin, Urt. v. 27.11.1997 - 13 O 19/97, BB 1999, 1591)

Leitsatz (d. Red.):

Das Finanzamt verstößt gegen Amtspflichten, wenn es den Steuerpflichtigen kein rechtliches Gehör gewährt (§§ 88, 91 AO).

Zum Sachverhalt:

Die Kläger begehren von dem Beklagten die Erstattung von Steuerberatergebühren. Die Kläger sind Eheleute und werden gemeinsam zur Einkommensteuer veranlagt. Demgemäß reichten sie ihre Einkommensteuererklärung für das Jahr 1994 ein.

Am 30.10.1995 erließ das Finanzamt den ersten Einkommensteuerbescheid für das Kalenderjahr 1994. In diesem wurde von der eingereichten Steuererklärung abgewichen, indem gewerbliche Einkünfte i.H.v. 49.688 DM zugrundegelegt wurden, obwohl die Kläger gewerbliche Einkünfte i.H.v. minus 70.311 DM erklärt hatten. Die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung wurden entgegen der Einkommensteuererklärung in dem Bescheid vom 30.10.1995 mit 2.547 DM anstatt der erklärten 2.009 DM in Ansatz gebracht. Ferner nahm das Finanzamt fehlerhaft eine Minderung des Vorwegabzuges bei den beschränkt abzugsfähigen Sonderausgaben vor. Das Finanzamt erließ den Bescheid vom 30.10.1995 ohne vorherige Anhörung der Kläger. Es wurden 38.980 DM zuviel Steuern festgesetzt.

Die Kläger legten gegen diesen Einkommensteuerbescheid durch die von ihnen beauftragte Steuerberaterin am 16.11.1995 Einspruch ein. Vor Einspruchseinlegung hatte die Steuerberaterin bereits telefonischen Kontakt mit der zuständigen Sachbearbeiterin in der Veranlagungsstelle des Finanzamts aufgenommen, diese auf die Fehlerhaftigkeit des Bescheids hingewiesen und um eine Änderung von Amts wegen gebeten. Das wurde abgelehnt.

Am 8.12.1995 erließ das Finanzamt einen Einkommensteuer-Änderungsbescheid, der dem Einspruch der Kläger abhalf mit Ausnahme der Abweichung hinsichtlich der Höhe der gewerb-

lichen Einkünfte. Am 13.12.1995 nahm die Steuerberaterin insoweit telefonisch Rücksprache mit dem Vorsteher und dem stellvertretenden Vorsteher des Finanzamts. Da daraufhin nichts veranlaßt wurde, legte sie für die Kläger am 8.1.1996 Einspruch gegen den Steuerbescheid vom 8.12.1995 ein.

Am 8.2.1996 erließ das Finanzamt einen weiteren Einkommensteuer-Änderungsbescheid, in dem es dem Einspruch der Kläger in vollem Umfang abhalf. Allerdings war die damals noch zu gewährende Berlin-Präferenz fehlerhaft berechnet, so daß anstatt einer Einkommensteuer für 1994 i.H.v. 5.925 DM 6.112 DM festgesetzt wurden. Hiergegen legte die Steuerberaterin am 26.2.1996 Einspruch ein.

Am 1.4.1996 erließ das Finanzamt einen weiteren Einkommensteuer-Änderungsbescheid, in dem die Einkommensteuerschuld auf 6.110 DM festgesetzt wurde. Auch in diesem Bescheid war die Berlin-Präferenz unzutreffend berechnet. Daher legte die Steuerberaterin erneut Einspruch am 2.5.1996 ein. Mit Bescheid vom 22.5.1996 wurde dem Einspruch der Kläger nunmehr in vollem Umfang abgeholfen. Die Steuerberaterin unterzog diesen Bescheid danach einer Prüfung auf seine Richtigkeit.

Für ihre Tätigkeit legte die Steuerberaterin den Klägern 5 Rechnungen über insgesamt 2.851,08 DM vor. Diese sind Gegenstand der Klage. Die Kläger sind der Ansicht, das Finanzamt sei verpflichtet, die Steuerberatergebühren zu erstatten, da es seine ihm gegenüber den Klägern obliegenden Amtspflichten schuldhaft verletzt habe.

Das Finanzamt ist der Ansicht, die Kläger hätten die ihnen obliegende Schadenminderungspflicht verletzt. Die Beauftragung der Steuerberaterin anlässlich des ersten Bescheids vom 30.10.1995 sei nicht erforderlich gewesen, da die Abweichungen zu der Einkommensteuererklärung ohne weiteres ersichtlich gewesen seien. Der Einspruch vom 26.2.1996 hätte bereits gegen den zweiten Bescheid vom 8.12.1995 geltend gemacht werden können. Die Einkommensteuererklärung der Kläger sei insoweit auch fehlerhaft gewesen. Eine Amtspflichtverletzung liege auch deshalb nicht vor, da die beteiligten Dienstkräfte des Finanzamts unter einer besonderen Belastung gestanden hätten.

Die zulässige Klage ist gerechtfertigt.

Aus den Gründen:

Das Finanzamt ist den Klägern gemäß § 839 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 34 GG zum Schadenersatz verpflichtet. Es hat seine ihm gegenüber den Klägern obliegende Amtspflicht zu rechtmäßigem Verhalten verletzt. Ferner war es verpflichtet, den Klägern gemäß § 91 AO rechtliches Gehör zu gewähren.

Der **Bescheid vom 30.10.1995** war fehlerhaft. In diesem wurden 38.980 DM zuviel Steuern festgesetzt. Die Beauftragung der Steuerberaterin zur Durchführung des Einspruchsverfahrens war gerechtfertigt. Die Kläger haben dabei nicht gegen die ihnen obliegende Schadenminderungspflicht verstoßen.

Grundsätzlich kann sich jeder Steuerpflichtige gegen alle Maßnahmen der Steuerbehörde der Hilfe eines fachlich vorgebildeten Steuerberaters bedienen (BGHZ 21, 359, 364). Die Beauftragung der Steuerberaterin durch die Kläger war hier insbesondere wegen der Häufung der Fehler in dem Bescheid vom 30.10.1995 und in Anbetracht der erheblichen wirtschaftlichen Bedeutung gerechtfertigt. Die Kläger waren nicht gehalten, das Einspruchsverfahren selbstständig durchzuführen, zumal die zuständige Sachbearbeiterin des Finanzamts schon vor Einspruchseinlegung auf die telefonische Nachfrage der Steuerberaterin eine Änderung des Einkommensteuerbescheids von Amts wegen abgelehnt hatte.

Das Finanzamt hat auch deswegen **amtspflichtwidrig gehandelt, da es den Klägern vor Erlass des Bescheids am 30.10.1995 kein rechtliches Gehör gewährt hat**. Nach § 91 AO soll, bevor ein Verwaltungsakt erlassen wird, der in Rechte eines Beteiligten eingreift, diesem Gelegenheit gegeben werden, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern. Von der Anhörung kann abgesehen werden, wenn sie nach den Umständen des Einzelfalls nicht geboten ist, insbesondere wenn eine sofortige Entscheidung wegen Gefahr im Verzug oder im öffentlichen Interesse notwendig erscheint (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 AO); sie unterbleibt, wenn ihr ein zwingendes öffentliches Interesse entgegensteht (§ 91 Abs. 3 AO).

„Soll“ bedeutet demnach für den Regelfall ein „Muß“, nur besondere Umstände des Einzelfalls rechtfertigen eine Abweichung von dem Grundsatz (vgl. OLG München, NJW 1996, 1971, 1972). § 91 AO legt der Finanzbehörde Amtspflichten

im Interesse des Steuerpflichtigen auf, deren Verletzung Ansprüche nach § 839 BGB nach sich ziehen (vgl. *OLG München, a.a.O.*).

Hier hätte eine Anhörung der Kläger vor Erlass des Bescheids am 30.10.1995 besonders nahe gelegen, da das Finanzamt ganz **offenbar Probleme mit der Auslegung des notariellen Vertrages vom 19.9.1994 hatte**. Insoweit liegt auch ein Verstoß gegen § 88 AO vor, **wonach die Finanzbehörde den Sachverhalt bis zur Grenze des Verhältnismäßigen und des Zumutbaren ermitteln muß, wobei sich Zumutbarkeit und Verhältnismäßigkeit nach den Umständen des Einzelfalls bestimmen**. Die Verwaltungsentscheidungen, mit denen die Finanzbehörde ein Verwaltungsverfahren abschließt, müssen auf sicheren Feststellungen beruhen (*OLG München, a.a.O.*). Das war hier offenbar nicht der Fall.

Die Beauftragung der Steuerberaterin zur **Einspruchseinlegung gegen den Bescheid vom 8.12.1995** war ebenfalls gerechtfertigt. Auch dieser war fehlerhaft. Eine Korrektur wurde ungeachtet der telefonischen Rücksprache der Steuerberaterin mit dem Vorsteher bzw. dem stellvertretenden Vorsteher des Finanzamts nicht vorgenommen. Die Einspruchseinlegung am 8.1.1996 war damit geboten, zumal die in der Anlage zu dem Bescheid vom 8.12.1995 gesetzte 4-Wochen-Frist abzulaufen drohte.

Auch die Tätigkeit der Steuerberaterin im **Einspruchsverfahren gegen den Bescheid vom 8.12.1995** war gerechtfertigt. Dieser war hinsichtlich der Berechnung der Berlin-Präferenz fehlerhaft. Daß hierfür fehlerhafte Angaben der Kläger in der Einkommensteuererklärung ursächlich waren, hat der Beklagte nicht substantiiert dargelegt. Sein Einwand, die Fehlerhaftigkeit hätte bereits bei der Einlegung des Einspruchs gegen den Bescheid vom 8.12.1995 geltend gemacht werden können, verkennt, daß es in erster Linie die Pflicht der Finanzbehörde ist, einen fehlerfreien Steuerbescheid zu erlassen. Den Klägern kann insoweit kein Vorwurf gemacht werden.

Die Tätigkeit der Steuerberaterin in dem **Einspruchsverfahren gegen den weiteren Steuerbescheid vom 1.4.1996** war ebenfalls gerechtfertigt, nachdem das FA schon in dem Bescheid vom 8.2.1996 die Berlin-Präferenz unrichtig berechnet hatte und eine fehlerfreie Berechnung auch aufgrund des Einspruchs vom 26.2.1996 nicht vorgenommen worden war. Offenbar war es notwendig, daß die Steuerberaterin, wie in dem Einspruchsschreiben vom 2.5.1996

geschehen, die korrekte Berechnung vorführte. Auch die in der Gebührenrechnung vom 25.6.1996 berechneten Gebühren zur Prüfung des 5. geänderten Einkommensteuerbescheids 1994 vom 22.5.1996 können die Kläger von dem Finanzamt erstattet verlangen. Aufgrund der von dem Finanzamt in den vorherigen Bescheiden gezeigten Unzulänglichkeiten war eine abschließende fachliche Überprüfung durch die Steuerberaterin gerechtfertigt.

(...)

GI Leitsätze

Versicherungsrecht/Rücktritt des Versicherers/Unvollständige Angaben im Antrag

Der Versicherer kann wirksam von einem Rechtsschutzversicherungsvertrag mit einem Versicherungsnehmer zurücktreten, dessen Vorversicherung wegen zahlreicher Rechtsschutzfälle gekündigt worden war, wenn

- der als Steuerberater tätige Versicherungsnehmer den Versicherungsantrag ohne Beantwortung der Fragen nach Vorschäden und nach der Kündigung einer Vorversicherung „blanko“ unterschrieben hat,

- der über die Vorschäden und die Kündigung informierte, mit der Anbahnung des Versicherungsvertrages betraute Vermittler den Antrag unrichtig ergänzt und den Antrag so bei dem nicht informierten Agenten des neuen Rechtsschutzversicherers angebracht hat und

- der Versicherungsnehmer nicht beweisen kann, daß der Versicherungsantrag ohne sein Wissen unrichtig ausgefüllt worden ist.

(*OLG Düsseldorf, Urt. v. 2.3.1999 - 4 U 37/98, OLG-Report 2000, 11*)

Wirtschaftsprüfer/Stimmrechtsvertreter/Angebot einer AG

Die entgeltliche Beauftragung eines Wirtschaftsprüfers durch eine Aktiengesellschaft, sich ihren Aktionären als Stimmrechtsvertreter anzubieten, ist gegenüber einer Aktionärsvereinigung weder unter dem Gesichtspunkt der Behinderung noch unter dem Gesichtspunkt des Vorsprungs durch Rechtsbruch wettbewerbswidrig. (*OLG Karlsruhe, Urt. v. 24.2.1999 - 6 U 142/98, OLG-Report 1999, 228*)

GI Hinweise

1. Der Verlag Dr. Otto Schmidt KG legt eine Neuerscheinung vor: „Das Handbuch GmbH-Besteuerung“ widmet sich dem gesamten Lebenszyklus der GmbH von der Gründung bis zur Liquidation.

Alle wesentlichen steuerlichen Probleme für die Gesellschaft und ihre Gesellschafter und Geschäftsführer werden abgehandelt. Das Werk konzentriert sich auf wirksame Gestaltungsberatungen und überzeugt durch seine Übersichtlichkeit. Es enthält zahlreiche „Beraterhinweise“, die den Leser auf drohende Risiken und Gestaltungsmöglichkeiten aufmerksam machen. Die praktische Umsetzbarkeit ist durch die professionellen Herausgeber sichergestellt.

Neu/Neumann/Neumayer: Handbuch GmbH-Besteuerung, von WP und StB Dr. Norbert Neu, Dipl.-Finanzwirt, Steueroberamtsrat Ralf Neumann, RA und StB Dr. Jochen Neumayer - Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1999, 712 Seiten, Lexikonformat, gebunden, 178,- DM/91,01 EUR, ISBN 3-504-32175-X

2. Effektive Beratung im Insolvenzfall ist schwierig und birgt ein hohes Fehlerrisiko. Die Neuerungen, die die Insolvenzordnung gebracht hat, sind noch nicht jedem geläufig. Andererseits sind Insolvenzen im heutigen Wirtschaftsleben zu einer Alltäglichkeit geworden, mit der auch Rechtsanwälte und Steuerberater immer wieder konfrontiert werden.

Ein Berater muß über Rechte und Pflichten der Verfahrensbeteiligten ebenso informiert sein wie über die Konsequenzen der Insolvenz im Arbeits- und Steuerrecht. Im „Checkbuch Insolvenz“ findet er die Hilfestellung, die er braucht.

Ziel des Buches ist es, Rechts- und Steuerberatern ebenso wie den betroffenen Unternehmensvertretern einen schnellen Überblick über die wichtigsten, gängigsten Fragestellungen rund um das Thema „Insolvenz“ zu geben. Dazu wurden alle wichtigen, praxisrelevanten Neuerungen aufgrund der Insolvenzordnung herausgefiltert und übersichtlich in 22 Checklisten, die der Leser Schritt für Schritt – gleichsam zum „Abhaken“ – durchgehen kann, dargestellt.

Von Ziel und Ablauf des Insolvenzverfahrens über die Rechtsstellung von Schuldner, Gläubiger und Gesellschafter bis hin zu Strafrecht, Arbeitsrecht und Steuern in der Insolvenz findet der Leser die wichtigsten Praxisprobleme übersichtlich aufgearbeitet. Beraterhinweise

runden die Checklisten ab, der Leser wird bei der Auswahl zwischen Handlungsalternativen unterstützt und kann so Fehler vermeiden.

Häger/Wilts: Checkbuch Insolvenz - 22 Checklisten zu Einleitung, Ablauf und Handlungsmöglichkeiten, von WP und StB Michael Häger, StB Rainer Wilts - Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2000, 95 Seiten, DIN A 5, broschiert, 58,- DM/29,65 EUR, Sonderpreis für Mitglieder der Centrale für GmbH: 48,- DM/24,54 EUR, ISBN 3-504-64302-1

3. Die Vergütung für GmbH-Geschäftsführer ist – insbesondere unter steuerlichen Gesichtspunkten – ein überaus schwieriges, vielschichtiges Thema.

Kaum eine Betriebsprüfung vergeht ohne harte Auseinandersetzung über Höhe oder Zusammensetzung der Vergütung. Auch vor den Gerichten werden nur wenige Themen so oft streitig verhandelt wie die Frage einer „verdeckten Gewinnausschüttung“ (vGA) durch Vergütungszahlungen an den Gesellschafter-Geschäftsführer.

Für den Berater bedeutet die zunehmend unübersichtliche Rechtslage ein gefährliches Haftungsrisiko, zumal der Bundesgerichtshof die Schwelle einer Pflichtverletzung des Beraters in vGA-Fällen – zumindest bei Dauerberatungsmandaten – recht niedrig ansetzt.

Ziel dieses Checkbuchs ist es, den Rechts- und Steuerberatern von GmbH ebenso wie den betroffenen Geschäftsführern einen schnellen Überblick über die wichtigsten, gängigsten Fragestellungen rund um das Thema „Vergütungen“ zu geben. Dazu wurden alle wichtigen, praxisrelevanten Entscheidungen und Verwaltungsanweisungen zu Geschäftsführer-Vergütungen in 19 Checklisten zusammengefaßt.

Die handlungsorientierten Checklisten unterstützen den Leser bei der Auswahl zwischen Gestaltungsalternativen, beim Vermeiden von Fehlern und bei Vertragsformulierungen.

Flore/Schmidt: Checkbuch Geschäftsführer-Vergütungen - 19 Checklisten von Vereinbarung über Änderung bis Krise, von RA, FA für Steuerrecht und StB Dr. Ingo Flore, RA und FA für Steuerrecht Dr. Andreas Schmidt - Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2000, 111 Seiten, DIN A 5, broschiert, 48,- DM/24,54 EUR, Sonderpreis für Mitglieder der Centrale für GmbH: 42,- DM/21,47 EUR, ISBN 3-504-64301-3

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-5

Amtspflichtverletzung

- Gehör, rechtliches 2000, 125
- StB-Kosten 2000, 125

Anlageberatung

- Abgrenzung
 - = > zur Steuerberatung 2000, 82
- Mitverschulden des Anlegers 2000, 82
- Schaden
 - = Vor- und Nachteile 2000, 82
- Zinsen
 - = >, unseriöse 2000, 82

Aufrechnung

- Honorarforderung
 - = Fälligkeit, Vollwirksamkeit 2000, 23

Beihilfe, § 27 StGB

- > des RA 2000, 82

Belehrungspflicht des RA

- Mediator 2000, 42

Belehrungspflicht des StB/WP

- Beweislast
 - = Belehrung, unterlassene 2000, 87
- Ehegatten-Arbeitsverhältnis 2000, 87
- Fahrtenbuch
 - = Belehrung, unterlassene 2000, 25
- Gesetzgebungsverfahren
 - = ErbStG 2000, 67
 - = Firmenübertragung 2000, 67
- Relativ sicherster Weg
 - = Gesetzesänderung 2000, 67

Berufung

- Klageänderung 2000, 33
- Klageanspruch 2000, 33

Berufungsbegründungsfrist

- Mittellosigkeit der Partei 2000, 83
- Prozeßkostenhilfeantrag 2000, 83

Betrug

- Beihilfe des RA 2000, 82

Beweislast

- Beratung, unterlassene
 - = Substantiierung 2000, 87
- Kausalität
 - = Fahrtenbuch 2000, 25

Dritthaftung

- Abschlußprüfung 2000, 71
- Auskunftsvertrag, stillschweigender
 - = Kontaktaufnahme 2000, 71
- Prüfungsauftrag 2000, 71
- Sacheinlage, verdeckte
 - = Anwaltsfehler 2000, 12
 - = Umwidmung 2000, 12
- Schädigung, sittenwidrige 2000, 71
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter

- = Abschlußprüfung 2000, 71
- = Anwaltsvertrag 2000, 12
- = Kapitalerhöhung GmbH 2000, 12
- = Testat 2000, 71

Freie Mitarbeiter

- Rechtsanwalt
 - = Rechtsweg, Arbeits-/Zivilgericht 2000, 82

Fristenkontrolle

- Aktenvorlage 2000, 9
 - = Fristensicherung 2000, 76
- Ausgangskontrolle
 - = >, abendliche 2000, 86
- Empfangsbekanntnis 2000, 57
- Fristenkontrollbuch
 - = Ausgangskontrolle 2000, 86
 - = Terminladung 2000, 57
- Fristenüberwachung durch RA
 - = > bei Vorfristablauf 2000, 9
- Fristlöschung
 - = Rechtsmittel 2000, 108
- Fristversäumnis, unverschuldetes
 - = Falschadressierung 2000, 109
 - = Fristberechnung 2000, 76
 - = Postlaufzeit 2000, 5
 - = Routinefrist 2000, 76
- Organisationsanweisung
 - = Adressierung 2000, 109
 - = Fristen-/Ausgangskontrolle 2000, 86
- Rechtsmittelauftrag
 - = Fristlöschung 2000, 108
- Versäumnisurteil 2000, 57
- Vorfrist 2000, 9

Gesamtschuld/-schuldner

- Fehler des zweiten StB 2000, 116

GI Aktuell

- Arbeitnehmerstatus, Rundfunk 2000, 106
- Arbeitszimmer
 - = Höchstbetrag 2000, 29
 - = Lehrer 2000, 29
- Einbringung, Steuervergünstigung 2000, 55
- Erbfolge, vorweggenommene
 - = Last, dauernde 2000, 81
 - = Versorgungsleistungen 2000, 81
- Grunderwerbsteuer
 - = Bemessungsgrundlage, Baukosten 2000, 31
- Jubiläumsrückstellung 2000, 80
- Nachversteuerung, Arbeitnehmer 2000, 81
- Postlaufzeiten 2000, 5
- Prozeßdauer 2000, 28
- Solidaritätszuschlag 2000, 55
- Sozialversicherungsbeitrag
 - = Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld 2000, 3
- Standesrecht
 - = Kollegialitätspflicht 2000, 54
 - = Versäumnisurteil, § 13 BORA 2000, 54
- Umsatzsteuer
 - = Befreiung, Rechtsform 2000, 4
 - = Leistung, ärztliche 2000, 4
 - = Heileurythmisten, § 4 Nr. 14 UStG 2000, 2
- Veräußerungsgewinn 2000, 56
- Vermietung
 - = Nebenkostenumlage 2000, 107
- Vermittlungsausschuß 2000, 29
- Werbeverbot, Rechtsanwalt
 - = Presse, Gruppenfoto 2000, 30
- Wiedereinsetzung
 - = Postlaufzeit 2000, 5

GmbH

- Sacheinlage, verdeckte 2000, 12
- = Anwaltsfehler 2000, 12
- = Umwidmung

Honoraranspruch des RA

- Mediator, § 20 BRAGO 2000, 42
- Notgeschäftsführer 2000, 76

Honoraranspruch des StB/WP

- Aufrechnung 2000, 23
- = Einforderbarkeit, fehlende
- Honorarvereinbarung 2000, 24
- = >, mündliche 2000, 24
- = Inhalt der >

Kausalität

- Gesetzesänderung, ErbStG 2000, 67
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden 2000, 25
- = Fahrtenbuch
- Unterbrechung der > 2000, 93
- = Rücksichtnahme gg. Arbeitnehmer 2000, 67
- Verhalten, beratungskonformes

Klageverfahren

- Streitgegenstand 2000, 33

Lohnbuchhaltung

- Erstattungsanspruch gg. Arbeitnehmer 2000, 93

Mandatsübernahme

- Fristenlöschung 2000, 108
- Rechtsanwalt 2000, 108

Mediator

- Interessenkollision 2000, 42
- Neutralität 2000, 42

Mitverschulden

- Kenntnis des Mandanten 2000, 116
- Zurechnung des Verschuldens 2000, 116
- = > des zweiten StB

Notar

- Ersatzmöglichkeit, anderweitige 2000, 63
- = Erfüllungsanspruch 2000, 63
- = Schutzzweck, § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO 2000, 63
- = Zeitpunkt der >

Parteiverrat, § 356 StGB

- Mediator 2000, 42

Praxisveräußerung

- Mandatsübernahme 2000, 39
- Nichtigkeit, § 139 BGB 2000, 39

Prozeßkostenhilfe

- Berufungsbegründungsfrist 2000, 83
- Rechtsmittelerklärung 2000, 84
- Wirkung 2000, 84

Rechtsanwalt

- Angestellter, Vergütung 2000, 95
- = Sittenwidrigkeit
- Arbeitnehmerähnliche Person, § 5 Abs. 1 Satz 1 ArbGG 2000, 82
- Beratungspflichten 2000, 36
- = Bonitätsproblem 2000, 36
- = Kaufvertrag 2000, 57
- Empfangsbekenntnis 2000, 82
- Freier Mitarbeiter

- Rechtsmittelauftrag 2000, 108
- = Auftragsannahme 2000, 108
- = Fristnotierung 2000, 57
- Terminladung 2000, 95
- Vergütung, angemessene, § 612 BGB 2000, 57
- Versäumnisurteil

Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- Ergebnisabführungsvertrag 2000, 5
- Pflicht zur Hinzuziehung eines RA 2000, 5
- Schadenersatz wg. verbotener > 2000, 5
- Steuerberatungsvertrag 2000, 5

Rechtsmittelauftrag

- Auftragsbestätigung 2000, 108
- Fristlöschung 2000, 108

Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB

- Abschlußprüfung 2000, 71

Schutzgesetz i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB

- § 323 HGB 2000, 71
- § 18 KWG 2000, 71
- §§ 2, 43, 48 WPO 2000, 71

Steuerberatungsvertrag

- Betreuungspflicht 2000, 5
- = Rechtsberatungsauftrag 2000, 5
- Haftung, Steuerberatungsfehler 2000, 5
- Nichtigkeit, § 134 BGB 2000, 5
- = Rechtsberatung, unerlaubte

Steuererklärung

- Forderung des FA, Eröffnungsbilanz 2000, 116

Straftat

- Beihilfe des RA 2000, 82

Verjährung, § 51 BRAO a.F., § 51b BRAO n.F.

- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch 2000, 120
- = Anlaß zur > 2000, 120
- = Belehrung, fehlerhafte 2000, 120
- = Belehrungsinhalt 2000, 120
- Verjährungsbeginn 2000, 120
- = Ausschußfrist, versäumte

Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO

- Anerkenntnis 2000, 90
- Arglisteinwand 2000, 113
- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch 2000, 5, 50, 113
- = Anlaß für > 2000, 113
- = Belehrungsbedürftigkeit 2000, 5
- = Ende der >, Beratung durch neuen StB 2000, 50
- = Wiederholung des Fehlers 2000, 90
- Rechtsausübung, unzulässige 2000, 90
- Verjährungsbeginn 2000, 50
- = Bekanntgabe des Steuerbescheides 2000, 116
- = Mandatsende 2000, 50
- = Rat, fehlerhafter 2000, 116
- = Sekundäranspruch 2000, 50
- = Steuererklärung, § 10e EStG 2000, 90
- = Steuererklärung, Wiederholung des Fehlers 2000, 90
- Verjährungshemmung 2000, 90
- = Rechtsausübung, unzulässige 2000, 113
- = Verhandlung 2000, 113
- Verjährungsunterbrechung 2000, 90, 113
- = Anerkenntnis 2000, 90
- Verzicht 2000, 90

Verjährungsunterbrechung		OLG Düsseldorf v. 29.10.1998 – 6 U 185/97	2000, 12
– Anerkenntnis	2000, 90	OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 – 13 U 38/98	2000, 67
– Mahnbescheid	2000, 10	OLG Düsseldorf v. 17.12.1998	
– Verzicht	2000, 90	– 13 U 100/97, n.rkr.	2000, 116
– Zustellung „demnächst“	2000, 10	OLG Düsseldorf v. 7.1.1999 – 13 U 230/97	2000, 90
		OLG Düsseldorf v. 28.1.1999 – 13 U 144/97	2000, 87
		OLG Düsseldorf v. 2.3.1999 – 4 U 37/98	2000, 127
Vermögensverwalter		= OLG-Report 2000, 11	
– Anlagepolitik, Aktienkäufe	2000, 32		
– Informationspflicht	2000, 32	OLG Hamm v. 20.11.1997 – 28 U 115/97,	2000, 120
		rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH	
Verschwiegenheit		v. 8.10.1998 – IX ZR 5/98	
– Praxisveräußerung	2000, 39	= OLG-Report 99, 296	
		OLG Hamm v. 20.10.1998 – 28 U 79/97	2000, 42
Versicherungsschutz			
– Angaben zur Kündigung des Vorvertrages	2000, 127		
– Rücktritt des Versicherers	2000, 127	OLG Karlsruhe v. 24.2.1999 – 6 U 142/98	2000, 127
– Versichererwechsel	2000, 127	= OLG-Report 99, 228	
Werbeverbot			
– Gruppenfoto	2000, 30	OLG Koblenz v. 23.7.1999 – 8 U 2086/98	2000, 39
– Presseveröffentlichung	2000, 30	= OLG-Report 99, 503	
		OLG Köln v. 22.1.1999 – 20 U 40/98	2000, 32
Wiedereinsetzung		= OLG-Report 99, 299	
– Antrag			
= Prozeßhandlung, nachzuholende	2000, 110	OLG München v. 24.11.1998 – 29 W 3071/98	2000, 82
– Mittellosigkeit der Partei	2000, 83	= OLG-Report 99, 279	
Wirtschaftsprüfer			
– Stimmrechtsvertreter	2000, 127	OLG Rostock v. 16.6.1999 – 6 U 2/98	2000, 76
– Zulassung		= OLG-Report 99, 374	
= Rückwärtsversicherung	2000, 32		
= Vermögensverfall	2000, 32	OLG Stuttgart v. 4.3.1998 – 9 U 255/97,	2000, 82
= Versicherungsschutz, fehlender	2000, 32	rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH	
		v. 28.1.1999 – III ZR 100/98	
		= OLG-Report 99, 210	
		OLG Zweibrücken v. 25.1.1999 – 7 U 131/98	2000, 113
BVerfG v. 11.1.1995 – 1 BvR 892/88	2000, 3	= OLG-Report 99, 431	
BVerfG v. 29.10.1999 – 2 BvR 1264/90	2000, 2		
BVerfG v. 10.11.1999 – 2 BvR 2861/93	2000, 4		
BVerfG v. 11.11.1999 – 1 BvR 762/99	2000, 5	LG Berlin v. 27.11.1997 – 13 O 19/97	2000, 125
BVerfG v. 17.11.1999 – 1 BvR 1708/99	2000, 28	= BB 99, 1591	
BVerfG v. 19.11.1999 – 2 BvR 1167/96	2000, 55		
BVerfG v. 29.11.1999 – 1 BvR 2284/98	2000, 30	LG Düsseldorf v. 10.8.1999 – 10 O 526/98,	
BVerfG v. 7.12.1999 – 2 BvR 301/98	2000, 29	rkr.	2000, 50
BVerfG v. 14.12.1999 – 1 BvR 1327/98	2000, 54		
BVerfG v. 18.2.2000 – 1 BvR 491/93,		LG Hamburg v. 22.6.1998 – 402 O 70/97	2000, 71
1 BvR 562/93, 1 BvR 624/98	2000, 106	= WM 99, 139	
		LG Ulm v. 30.10.1998 – I Kls 23	
BGH v. 28.1.1999 – IX ZR 240/98	2000, 63	Js 18323/96 I AK 80/97	2000, 76
BGH v. 25.3.1999 – IX ZR 283/97	2000, 36	= wistra 99, 113	
BGH v. 22.4.1999 – IX ZR 364/98	2000, 57		
= MDR 99, 1025			
BGH v. 6.5.1999 – IX ZR 250/98	2000, 33	KG Berlin v. 20.1.1999 – 13 U 4044/97	2000, 25
BGH v. 27.5.1999 – VII ZR 24/98	2000, 10	KG Berlin v. 9.9.1999 – 16 U 8959/98	2000, 93
BGH v. 7.6.1999 – II ZB 25/98	2000, 110		
BGH v. 17.6.1999 – IX ZB 32/99	2000, 9		
BGH v. 24.6.1999 – V ZB 19/99	2000, 83	BFH v. 18.10.1999 – GrS 2/98	2000, 56
BGH v. 24.6.1999 – IX ZB 30/99	2000, 84	BFH v. 27.10.1999 – II R 17/99	2000, 31
BGH v. 20.9.1999 – 5 StR 729/98	2000, 82	BFH v. 10.11.1999 – X R 60/95	2000, 80
= wistra 99, 459		BFH v. 10.11.1999 – X R 46/97	2000, 81
BGH v. 30.9.1999 – IX ZR 139/98	2000, 5	BFH v. 14.12.1999 – IX R 69/98	2000, 107
BGH v. 15.10.1999 – V ZR 50/99	2000, 109		
BGH v. 8.11.1999 – II ZB 4/99	2000, 108		
		VG Dessau v. 23.7.1997 – 2 A 50/95	2000, 32
		= WPK-Mitt 97, 320	
OLG Celle v. 5.3.1999 – 4 U 216/98	2000, 86		
= OLG-Report 99, 278		BAG v. 14.12.1999 – 3 AZR 713/98	2000, 81
OLG Düsseldorf v. 12.6.1997 – 13 U 92/96	2000, 23		
OLG Düsseldorf v. 12.6.1997 – 13 U 124/96	2000, 24	ArbG Hersfeld v. 4.11.1998 – 2 Ca 255/98	2000, 95

Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter • Kapitalerhöhung • Verdeckte Sacheinlage • Anwaltliche Beratung • Schutzwirkung zugunsten der Gesellschafter (BGH);
Anwaltsvertrag • Sachverhaltsaufklärung • Nachfragepflicht • Beweis für Mandatierung (OLG Köln);
Haftung des StB • Mandatsinhalt • Hinzuziehung sachkundiger Dritter.
Pensionsrückstellung • Umfassende Beratung • Bilanz, Prüfungspflichten, Verträge (OLG Düsseldorf);

Verjährung, § 68 StBerG • Fortsetzung des Mahnverfahrens • Parteiwechsel in Klagebegründung • Sekundärhaftung (OLG Düsseldorf);
Notarhaftung • Überfahrtrecht Grundstück • Schaden (LG Marburg);
Versicherungsschutz • Gesetzliche Krankenversicherung • Jahresverdienstgrenze • Unkenntnis des Arbeitgebers (SG Dortmund)
und aktuelle Entscheidungen, die von besonderer Bedeutung sind.



BEIHEFTER:

Ob Steuerberater, Rechtsanwalt oder Wirtschaftsprüfer – für alle Freien Berufe gilt: Eine Arbeitsunfähigkeit aufgrund einer Krankheit oder eines Unfalls kann von heute auf morgen dazu führen, daß Sie Ihrem Beruf gar nicht oder nur in eingeschränktem Maße nachgehen können.

Eine längere Arbeitsunfähigkeit kann für Sie als Freiberufler existenzbedrohend sein.

Das neue Krankentagegeld für Freiberufler bietet finanziellen Schutz bei Arbeitsunfähigkeit – individuell und kostengünstig.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts-
und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:
Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-53 54
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:
Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:
12 mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:
Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:
Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:
Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:
Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils ein-
geschlossen. Bestellungen nimmt
der Herausgeber entgegen.